

DIE ERNTE DER HEUSCHRECKEN

DAS WELTWEITE LANDGRABBING UND
DIE VERANTWORTUNG EUROPAS

STEPHAN BÖRNECKE
ANDREA BESTE

EINE STUDIE IM AUFTRAG VON MARTIN HÄUSLING, MEP



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Martin Häusling, MdEP / Europabüro Hessen
Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden

Tel. 0611 - 98920-30
Fax 0611 - 98920-33
info@martin-haeusling.de

GESTALTUNG

Dipl. Des. (FH) Annette Schultetus,
www.design-kiosk.de

BEZUG DIESER PUBLIKATION

Ina Möllenhoff, Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 0611 - 98920-30
Fax 0611 - 98920-33
info@martin-haeusling.de

AUTOREN

Stephan Börnecke
Andrea Beste

DRUCK

Flyerheaven.de

STAND

Februar 2012

INHALT

<u>VORWORT MARTIN HÄUSLING</u>	<u>4</u>	<u>11. VIER BEISPIELE FÜR LÄNDER MIT</u>	<u>22</u>
HEUSCHRECKEN ERNTEN, WÄHREND		BESONDERS HEFTIGEN AUSWIRKUNGEN:	
ANDERE HUNGERN	4	HOTSPOT KAMBODSCHA	22
		KRISENLAND SUDAN	23
<u>1. KEIN TAG OHNE LANDNAHME</u>	<u>6</u>	HUNGER IN ÄTHIOPIEN	23
DARUM GEHT ES	7	WÄLDER FÜR KLIMASCHUTZ IN UGANDA	24
DEFINITIONEN: WAS IST LANDGRABBING?	8		
		<u>12. ES GEHT NICHT ALLEIN UM UND GETREIDE</u>	<u>25</u>
<u>2. WARUM IST LANDGRABBING EIN PROBLEM:</u>	<u>9</u>	UND GEMÜSE: NEUE ZAHLEN LEGEN FOKUS AUF	
DIE FOLGEN FÜR DIE LANDBEVÖLKERUNG,		UMSTRITTENE ROLLE DES BIOKRAFTSTOFFS	27
DIE GRÜNDE, WARUM ES BEENDET WERDEN		FLEX CROPS	
MUSS, WARUM VERTEIDIGEN ES DIE			
POLITIKER DENNOCH	9	<u>13. DAS MOTIV FÜR DEN ANBAU VON SOJA</u>	<u>27</u>
		ABER IST ERSTMAL DIE FUTTERERZEUGUNG	
<u>3. MYTHEN</u>	<u>12</u>		
		<u>14. AUCH FLUGGESELLSCHAFTEN GEHÖREN ZU</u>	<u>29</u>
<u>4. DISKUSSION UM UN-LEITLINIEN:</u>	<u>12</u>	DEN TREIBERN DES LANDGRABBINGS:	
WIRD NUN ALLES BESSER?	12	LUFTNUMMER BIOSPRIT FÜR LUFTHANSA	30
		THE ECOLOGIST WARNT VOR JATROPHA	30
<u>5. DIE DIMENSION: MEHR ALS 200 MILLIONEN</u>	<u>13</u>		
HEKTAR IN NUR ZEHN JAHREN	13	<u>15. DIE AKTEURE: WER STECKT</u>	<u>31</u>
		HINTER DEN INVESTITIONEN?	
<u>6. DER AUSLÖSER: WOHER KOMMT DER</u>	<u>14</u>		
UNGEHEURE SCHUB?	14	<u>16. DIE LANDGRABBER KOMMEN NÄHER:</u>	<u>34</u>
		DER OSTEN, ANLAGEKLASSE MIT ZUKUNFT?	35
<u>7. DIE AKTEURE: CHINA – DER HAUPTTREIBER</u>	<u>15</u>	UKRAINE: LANDANEIGNUNG TROTZ KAUF-MORATORIUMS	36
		MOSKAU VERHÖKERT OST-SIBIRIEN	36
<u>8. AFRIKA NICHT ALLEIN: SELBST EUROPA IST</u>	<u>18</u>	RUSSLAND: OLIGARCHEN ENTDECKEN IHR LAND	37
INS VISIER DER CHINESEN GERATEN	18	OSTDEUTSCHLAND: IM VISIER? STUDIE DES	38
		THÜNEN-INSTITUTS BLEIBT VAGE	38
<u>9. VOM TÄTER ZUM OPFER:</u>	<u>18</u>	FARMGRABBING IN EUROPA:	40
LANDGRABBING AUCH IN CHINA?	18	ENDKAPITALISIERUNG MÜNDET IN FREMDKAPITALISIERUNG	40
		<u>SCHLUSSWORT</u>	<u>42</u>
<u>10. DAS INTERNATIONALE AUSMASS:</u>	<u>19</u>	<u>POLITISCHE FORDERUNGEN DER GRÜNEN/EFA</u>	<u>42</u>
WELCHE LÄNDER SIND BETROFFEN?	19	<u>LITERATUR</u>	<u>44</u>
ANTEIL DES AN AUSLÄNDER VERKAUFTEN ODER			
VERLEASTEN LANDES	20		



VORWORT MARTIN HÄUSLING

HEUSCHRECKEN ERNTEN, WÄHREND ANDERE HUNGERN



Das „Recht auf Nahrung“ ist völkerrechtlich verankert in Artikel 11 des UN-Sozialpakts und außerdem enthalten in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die „Internationalen Leitlinien zum Menschenrecht auf Nahrung“ wurden 2004 von allen FAO-Mitgliedern (187 Staaten) einstimmig angenommen. Nach den Leitlinien beinhaltet das Recht die selbst bestimmte Wahl des Ernährungssystems sowie den gleichberechtigten Zugang zu gesunder Ernährung unabhängig von Einkommen und Herkunft.

Die aktuell weltweit zu beobachtende Entwicklung des Aufkaufs riesiger Landflächen durch kapitalstarke Staaten und Investoren untergräbt das Recht auf Nahrung auf vielfältige Weise, und zwar noch bevor es in den Unterzeichnerstaaten ansatzweise durchgesetzt werden kann. Der Weltagrarrbericht fordert die Stärkung von Kleinbauern weltweit. Denn nur so lässt sich der Hunger erfolgreich bekämpfen. Aber bald schon könnten das Land verkauft und die Kleinbauern, die man stärken will, vertrieben sein. Denn besonders in den Entwicklungsländern beobachten wir aktuell eine besondere Spielart des Casino-Kapitalismus. Seit 2001 wurde in Asien, Afrika, und Südamerika eine Fläche so groß wie Westeuropa dem Zugriff der lokalen Bevölkerung entzogen und in (meist) ausländische Hände überführt. Die Menschen wurden vertrieben und auf den Flächen werden Agrar- und vor allem Energierohstoffe angebaut. Die Wertschöpfung (ein Bruchteil dessen, was diese Flächen an Wertschöpfung mit nachhaltigen Landwirtschafts-, Verarbeitungs-, und Handelsmethoden liefern könnten) wird gänzlich auf die Konten der Investoren gespült. Vor Ort bleibt so gut wie nichts, außer ausgebeutetes Land – und in den Städten noch mehr heimatlose hungernde Menschen. Dieser Prozess ist inzwischen auch in Europa angelangt.

Während die Intensität des enteignenden Zugriffs auf Flächen relativ jung ist, ist die „Fremdflächennutzung“ an sich kein ganz neues Phänomen. Dass Äcker in fremden Regionen der Erde für den Lebensstil „hoch entwickelter“ Staaten genutzt werden – gerade was die Futtermittel für unsere Fleischproduktion angeht –, das ist schon lange alltäglich. Schon lange nutzen auch wir in Europa Flächen in anderen Teilen der Welt für unsere Bedürfnisse, die den Menschen dort vor Ort für den heimischen Nahrungsmittelanbau nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies erzeugte auch schon früher Vertreibung, Landflucht und Hunger. Häufig geht der industrielle Anbau der Agrarrohstoffe – egal, ob sie als Futtermittel oder Energielieferant zum Einsatz kommen – darüber hinaus mit starken negativen Umweltwirkungen einher. Dieser Aspekt wurde im Zusammenhang mit der europäischen Sojaabhängigkeit bei Futtermitteln in der 2011 von mir herausgegebenen Broschüre „Artenvielfalt statt Sojawahn“ von Andrea Beste bereits ausführlich beleuchtet.

Die hier von Stephan Börnecke verfasste Broschüre DIE ERNTE DER HEUSCHRECKEN gibt einen Überblick über Ausmaß, Auswirkungen, Akteure und treibende Kräfte des weltweiten Landgrabblings. Sie macht deutlich, dass es einerseits dringend notwendig ist,

international gültige und verbindliche Leitlinien der Nachhaltigkeit für Landkäufe zu entwickeln. Es wird aber andererseits auch deutlich, dass die Auswirkungen politischer Entscheidungen die wir in Europa treffen, genauer auf die weltweiten direkten und indirekten Folgen überprüft und gegebenenfalls geändert werden müssen.

Gerade die Europäische Union als weltweit größte Akteurin im Agrarhandel trägt dabei eine besondere Verantwortung. Im Vertrag von Lissabon – Artikel 208 Policy Coherence for Development (PCD) – verpflichtet sich die EU zur Bekämpfung von Armut in Entwicklungsländern. Gemäß Artikel 208 müssen politische Ziele, Inhalte und Programme auf EU-Ebene zur Unterstützung der Bedürfnisse von Entwicklungsländern beitragen oder dürfen zumindest nicht dem Ziel der Armutsbekämpfung widersprechen. Dies hat das Europäische Parlament mit einer Entschliebung 2011 nochmals bekräftigt.

Auch die gemeinsame Agrarpolitik in Europa (GAP) muss hier kritischer betrachtet werden. Führt doch der an Geschwindigkeit in den letzten Jahren zunehmende Strukturwandel dazu, dass auch in Europa die Fremdkapitalisierung in der Landwirtschaft, das Aufkaufen von Höfen und Land durch kapitalkräftige Investoren zunimmt – von Andrea Beste in dieser Broschüre in einem kurzen Abriß als „Farmgrabbing“ bezeichnet. Auch hier müssen die sozioökonomischen Auswirkungen genauer beleuchtet werden, denn auch hier wird oft die Wertschöpfung aus der Region abgezogen.

Wir sollten die weniger entwickelten Länder dabei unterstützen, sich gegen Landgrabbing – diese neue Form von Kolonialismus – zu wehren. Und wir sollten uns an die eigene Nase fassen und die Rahmenbedingungen, die wir in Europa nach innen und nach außen setzen kritisch hinterfragen und intelligente Schlussfolgerungen ziehen, die uns ein Mehr an Nachhaltigkeit und ein Weniger an Hunger bringen (s. Forderungen, S.42).

Martin Häusling

Saudi Almarai Buys Argentina Farm Operator Fondomonte to Increase Supplies

By Mourad Haroutunian

Almarai Co. (ALMARAI), Saudi Arabia's largest food producer by market value, acquired Fondomonte SA, a company that owns and operates three farms in Argentina, for 312 million riyals (\$83 million). The Riyadh-based company financed the transaction from its cashflow and Islamic banking facilities, Almarai said in a statement to the Saudi bourse today. Almarai is expanding its supply chain and access to feed

grain production and conserve water. The government is seeking to end the cultivation of water-intensive crops, including wheat, in the country by 2016. A group of Saudi Arabian investors said in October 2009 they planned to establish the International Agriculture and Food Investment Co., a 2 billion-riyal company to invest in agricultural projects. Savola Al-Azizia United Co. said in October it agreed to buy 78 percent of two Egyptian

to fund growth, Chief Financial officer Paul-Louis Gay Nov. 30.

"We estimate that feed comprises some 30 percent of Almarai's direct input costs. Any savings will translate into attractive gains in margins," said Asim Bukhtiar, an analyst at Riyadh Capital. A key risk with the transaction is a further correction in agricultural commodity prices, which could offset some of the benefits."

Quelle: Mourad Haroutunian, Dec 21, 2011, www.bloomberg.com

1. KEIN TAG OHNE LANDNAHME

Zwei Tage vor Heilig Abend 2011 verbreitete Bloomberg Businessweek diese Meldung: Saudi-Arabiens größte Molkerei hat den argentinischen Farmbetreiber Fondomonte für 83 Millionen Dollar gekauft. Ziel: den Zugang zu Viehfutter zu sichern. Fondomonte managt drei Farmen, die Mais und Sojabohnen produzieren. Der Deal, heißt es weiter, sei Teil der Strategie, Saudi-Arabien Nachschub zu sichern und eigene Ressourcen zu schonen. Die Saudis wollen mit dem Futter aus Übersee Hühner und Rinder füttern.

Übernahmen dieser Art gibt es inzwischen täglich. Im Fall von Argentinien allerdings verwundert der Deal, weil ebenfalls kurz vor Weihnachten das argentinische Parlament begonnen hat, Land-Transaktionen für Ausländer und ausländische Firmen zu limitieren. Danach dürfen Ausländer in der Pampa nur noch maximal 1000 Hektar besitzen, und der Anteil ausländischen Besitzes wird auf maximal 15 Prozent begrenzt. Nach Angaben von Walter Pengue von der Forschungsgruppe für Landschaftsökologie und Umwelt der Universität Buenos Aires sind nunmehr 17 Millionen Hektar argentinischer Agrarfläche in fremden Besitz. Die Folge: Jeden Tag geben drei Kleinrentner auf. Und doch ist es nur eine inzwischen ganz alltägliche Geschichte....

DARUM GEHT ES

Das Phänomen Landgrabbing ist seit 2009 unübersehbar. Was bis dahin meist nur lokal oder regional ein Problem vor allem für Kleinbauern ohne rechtlich unanfechtbare Landnutzungstitel war und auch in früheren Jahren häufig Landvertreibung und Einführung agroindustrieller Methoden zur Folge hatte, verschärft sich seit der Hunger- und Preis-krise von 2007/2008 erheblich. Sowohl das Tempo der Landnahme als auch der Umfang der Transaktionen haben deutlich zugenommen, zeigen Studien der FAO, der Weltbank, des UN-Sonderberichterstatters Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, der International Land Coalition ILC, Oxfam, Inkota, FIAN oder Misereor.

Die Gründe für die Zunahme des Tempos und das wachsende Ausmaß hängen zunächst einmal augenscheinlich mit der letzten Hungerkrise zusammen sowie den üblicherweise genannten Gründen wie mehr Bedarf an Tierfutter aufgrund steigender Lebensstandards etwa in China und Indien. Doch die Krise dürfte eher nur der Auslöser, weniger aber der tatsächliche Grund für die Ausweitung gewesen sein. Die meisten aktuellen Reports gehen vielmehr davon aus, dass hinter dem aktuellen Trend neben dem Ziel, die Ernährung im eigenen Land durch das Auslandsengagement im Agrarsektor zu sichern, auch die Konkurrenz zwischen Teller und Tank steht. Europa gilt aufgrund seiner Biosprit-Politik als einer der Treiber des Landgrabblings!

Nach Berechnung der ILC könnte rund die Hälfte des zuletzt erworbenen oder langfristig gepachteten Landes zum Zweck der Erzeugung von Biofuels verwendet werden. Dafür spricht auch, worauf die FAO anhand eines Südamerika-Reports hinweist, die Art der mehrheitlich angepflanzten Früchte. Die FAO wählt dazu den Begriff „flex-crops“. Gemeint sind Pflanzen, die sich für alle drei Bereiche verwenden lassen: nämlich für Lebensmittel, Tierfutter und Pflanzensprit.

In dieser Tatsache liegt deshalb auch ein geeigneter, gerade von Europa aus zu steuernder Schlüssel für eine Umkehr des Trends, zumal die UN-Leitlinien für den Umgang mit Landtransaktionen erstens: noch nicht verabschiedet und zweitens: freiwillig sein werden. Investoren und Staaten können sich daran halten, müssen es aber nicht.

Nach dem in den ersten Jahren des Landgrabblings vor allem Afrika im Fokus der Investoren stand, scheinen viele Akteure wie Beteiligungsgesellschaften, Pensionfonds oder auch staatliche Unternehmen ihren Blick nach Osteuropa und dort vor allem auf Russland und die Ukraine zu richten. Hauptgrund: Dort liegen auch 20 Jahre nach dem Ende des Sowjetreichs riesige Agrarflächen brach, gelten aber als aktivierbar.

Soja, Zuckerrohr und Palmöl werden auch als „flex-crops“ bezeichnet: Sie sind einerseits Lebensmittel- oder Futtermittel, zugleich aber auch tauglich für die Herstellung von Pflanzensprit.



Soja



Palmöl



Zuckerrohr

DEFINITIONEN: WAS IST LANDGRABBING?



Die Welthungerhilfe definiert den Begriff so: Staatliche Akteure und private Investoren aus Industrie- und Schwellenländern sichern sich mittels langfristiger Pacht- oder Kaufverträge große Agrarflächen in Entwicklungsländern, um dort Nahrungsmittel und Energiepflanzen für den Export anzubauen. Nicht selten stoßen sie auf das Wohlwollen einheimischer Eliten, die großes Interesse an lukrativen Geschäften um Land zeigen. Eine riskante Gratwanderung zwischen notwendigen Investitionen in die Landwirtschaft und neo-kolonialer Landaneignung hat begonnen.

Während in den Darstellungen der FAO Landgrabbing oberhalb einer Schwelle von 1000 Hektar begriffen wird, hat die Organisation GRAIN in ihrer Studie Landgrabbing and the global food crisis nur auf Daten zurückgegriffen, bei denen Kauf, Pacht oder Konzessionierung von mehr als 10 000 Hektar eine Rolle spielten. Die International Land Coalition, der 116 zivile Organisationen angehören und deren Projekt The Land Matrix auch von der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GIZ und der EU unterstützt wird, geht in ihrem Bericht „Land Rights and the Rush for Land“ von einer Marge von bereits 200 Hektar aus.

Oxfam hingegen verzichtet auf eine Größenordnung bewusst, da auch kleinere Land-Transaktionen negative Auswirkungen haben können. An der Größe der Parzellen allein liegt es nicht, sagt Oxfam-Expertin Marita Wiggerthale, wenn neue Landbesitzer gleich welcher Herkunft auftauchen. Für Nomaden zum Beispiel können auch kleinere okkupierte Grundstücke eine Barriere bedeuten und sie in ihrer Viehhaltung stark behindern. Landgrabbing definiert Oxfam als „Investitionen in Pacht oder Kauf von Landflächen, bei dem Investoren die Rechte und Bedürfnisse ländlicher Bevölkerungsgruppen, die das Land bearbeiteten oder davon lebten, ignorieren“. Dies sei etwa dann der Fall, wenn die Menschenrechte der lokalen Bevölkerung verletzt, bestehende Landtitel oder Gewohnheitsrechte zur Landnutzung nicht beachtet würden und die Transaktionen ohne Mitsprache der demokratischen Gremien zustande kamen.

Oxfam sieht eine Verschärfung des Problems vor allem in der Tatsache, dass Landgrabbing in aller Regel auch „Watergrabbing“ bedeutet. Die Fälle, in denen die Akquisitionen wegen der nötigen Bewässerung der heimischen Bevölkerung buchstäblich das Wasser abgraben, häufen sich und überfordern das Wasserdargebot.

Dass Größenordnungen tatsächlich mit Vorsicht betrachtet werden müssen, zeigt auch die Lateinamerika-Studie der FAO, in der es heißt:

„Ein Mais-Farmer im Mittleren Westen der USA hat eine andere Auffassung von Land und Landnutzung als ein nomadisch lebender Hirte in Mosambik.“

WARUM IST LANDGRABBING EIN PROBLEM:

2. DIE FOLGEN FÜR DIE LANDBEVÖLKERUNG, DIE GRÜNDE, WARUM ES BEENDET WERDEN MUSS, WARUM VERTEIDIGEN ES DIE POLITIKER DENNOCH.

Die Folgen können dramatisch sein. Mittlerweile hat der Landkauf solche Ausmaße angenommen, dass die Welternährungsorganisation FAO und Nichtregierungsorganisationen wie die Welthungerhilfe von einem „Neo-Kolonialismus“ sprechen. Die Landnahme hat enorme soziale, ökonomische sowie ökologische Folgen in den betroffenen Ländern. Die bedroht vor allem die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Die großflächige Bewirtschaftung durch ausländische Investoren vernichtet oftmals die Existenzgrundlage der Kleinbauern. Neben den Landrechten für den Anbau von Grundnahrungsmitteln sind auch traditionelle Weiderechte, Wassernutzungsrechte sowie das Sammeln etwa von Feuerholz in Frage gestellt oder doch erheblich erschwert. Dabei zeigt sich ein Phänomen: Landgrabbing ist häufig auch Watergrabbing! Zahlreiche Beispiele aus Afrika belegen, dass Landbewohner auch dann durch Landaneignung betroffen werden können, wenn ihnen selbst kein Land genommen wurde, in der Region allerdings durch Landverkäufe auch Wasserrechte an neue Grundeigner gingen.

Dass die globale Erzeugung von Getreide am Wasser hängt, ist auch in der Industrie angekommen: Durch Wasserknappheit könnte die Produktion in den kommenden Jahrzehnten stark sinken, wovon Nestlé-Verwaltungsratschef Peter Brabeck-Letmathe beim Weltwirtschaftsforums in Davos 2012 warnte. Innerhalb der kommenden 20 Jahre könnte die weltweite Getreideproduktion infolge von Wassermangel um ein Drittel zurückgehen. Der Wassermangel werde darüber hinaus zu einem verschärften Wettbewerb zwischen Staaten um Wasser führen und könnte soziale Unruhen auslösen.

Häufige Folge sind zudem ökologische Schäden und Umweltzerstörungen, wie sie etwa durch erhöhten Wasserverbrauch, durch Rodung von Wäldern oder die Übernutzung von Grenzstandorten beobachtet werden. Umweltorganisationen befürchteten zudem eine Abnahme der Biodiversität: Denn bewirtschaftet werden die Plantagen meist im Stile ausgedehnter Monokulturen mit intensivem Pestizid- und Mineraldüngereinsatz und auch mit genetisch verändertem Saatgut.

Landgrabbing geht also meist auf Kosten der Landbevölkerung, der kleinbäuerlichen Produktion und der Umwelt: Dabei schätzt die International Landcoalition ILC, dass zwei Milliarden Menschen oder rund ein Drittel Bevölkerung dieser Erde auf den Ertrag von etwa 500 Millionen Kleinbauernfarmen angewiesen sind. Das Land, von dem sie leben, ihre Rechte an der Scholle sind bedroht. Es stehen Kleinbauern für 70 Prozent der auf der

Die Landnahme hat enorme soziale, ökonomische sowie ökologische Folgen in den betroffenen Ländern.



Ein Phänomen: Landgrabbing ist häufig auch Watergrabbing!

Investitionen finden oft statt, wo traditionelle Landnutzende leicht verdrängt werden können, großflächige Monokulturen möglich sind und der Einsatz von Maschinen oder geringe Arbeitsentgelte kurzfristige Gewinne versprechen.



Der Einsatz von Hochleistungsnutzpflanzen, mineralischem Dünger und Agrarchemikalien können erhebliche ökologische Schäden verursachen.

Erde erzeugten Nahrungsmittel! Entwicklungsorganisationen wie Oxfam aber berichten von zahlreichen Fällen, in denen durch den Kauf oder die Pacht von Land durch meist ausländische Investoren oder auch durch die Eliten des eigenen Staates Tausende von Menschen oft gewaltsam von ihrem Land vertrieben, ihre Häuser und Hütten zerstört und ihrer Ernte beraubt. Von der Entscheidung, was mit dem Land geschieht, waren sie ohnehin meist nicht beteiligt.

So ist es denn auch kein Wunder, wenn Investitionen, was Thomas Fritz vom Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) in Berlin offen legt, vielfach dort stattfinden, wo traditionelle Landnutzende leicht verdrängt werden können, großflächige Monokulturen möglich sind und der Einsatz von Maschinen oder geringe Arbeitsentgelte kurzfristige Gewinne versprechen. Fritz: „Wir wissen mittlerweile recht genau, dass auf vielen Böden, gerade in Afrika, ein Einsatz von Hochleistungsnutzpflanzen, mineralischem Dünger und Agrarchemikalien nicht nur nicht die erwarteten Ertragssteigerungen mit sich bringt, sondern darüber hinaus erhebliche ökologische Schäden verursachen können.“ Darauf verweisen auch der Weltagrарbericht von 2009 und der Weltagrарbericht Afrika für Gebiete südlich der Sahara von 2011.

Während das industrielle Produktionsmodell Bodenfruchtbarkeit, Wasserqualität und biologische Vielfalt beeinträchtigt, droht Kleinbauern, Indigenen und Hirten zusätzlich in nicht wenigen Fällen die Vertreibung. „Dieses Risiko betrifft sowohl Einheimische, die Eigentumstitel besitzen, als auch solche, die nur über formell ungesicherte Land- und Wassernutzungsrechte verfügen.“ Marginales Land, auch als Grenzertragsböden bezeichnet, ist Ausgangspunkt vieler Diskussionen um Landinvestitionen und daraus resultierende Konflikte. Bei etlichen Regierungen, internationalen Organisationen und Investoren gehen weitläufige Annahmen über das weltweite Ausmaß brachliegender und ungenutzter Landflächen um. Bis zu 500 Millionen Hektar solcher vermeintlich ungenutzter Flächen seien weltweit für den Anbau von Nutzpflanzen mobilisierbar. Eine äußerst umstrittene Schätzung (s.u.).

In vielen Investitionsprojekten ist der rechtliche Status der übertragenen Grundstücke umstritten. Oftmals nämlich sind traditionelle Landrechte nicht formell registriert. „Entsprechend existieren keine in Katastern eingetragenen Landtitel. Und selbst wenn diese vorhanden sind, bestehen mitunter konkurrierende Ansprüche, etwa von Indigenen, Hirten, WanderfeldbauerInnen und anderen traditionellen Nutzergruppen. Häufig seien Grundstücksgrenzen nicht klar definiert, was zu ständigen Konflikten bei der Expansion von Plantagen führe, so Fritz in dem Report „Das große Bauernlegen. Agrar-investitionen und der Run auf's Land“.

Versprechungen zu Arbeitsplätzen und materiellen Investitionen werden oft nicht eingelöst, zeigt bereits eine Untersuchung der Weltbank. Die Spanne der zu erwartenden Arbeitsplatzgenerierung bewegt sich zwischen 0,01 Arbeitsplätzen pro Hektar (im Fall einer 10 000 Hektar großen Maisplantage) und 0,35 Arbeitsplätzen je Hektar (für eine Zuckerrohrplantage mit Vertragsanbau), zeigt Fritz auf. Die familiäre Landwirtschaft hingegen, die nun durch Agrarinvestitionen teilweise verdrängt wird, ist weit beschäftigungsintensiver als mechanisierte Anbau- und Ernteverfahren (Weltagrарbericht 2009; Weltagrарbericht 2011).

Auch das FDCL beobachtet solche „Nebenwirkungen“, nämlich die „Verschärfung von Landkonflikten“. Denn der „Zugang zu Land und Konflikte um Landrechte verursachen in vielen Ländern seit Jahrzehnten gewaltsame Auseinandersetzungen und Krieg. In den meisten dieser Länder ist die Mehrheit der Menschen von der Landwirtschaft als hauptsächliche Quelle ihres Einkommens abhängig.

Die Welle der Landgeschäfte birgt fraglos das Risiko, schlummernde Konflikte zum Ausbruch zu bringen oder existierende zu verlängern und zu verschärfen.“ Besonders gravierend ist dabei die Situation für Indigene und Nomaden. Die FDCL stellt wie andere Organisationen auch in Frage, dass die Investoren neuen Arbeitsplätze schaffen, zumal die „attraktiven Arbeitsplätze oft mit Personal aus dem Investorland besetzt“ würden. Vertreibungen großer Bevölkerungsgruppen zeigt sich drastisch in Äthiopien: Dort plant die Regierung, 70 000 Menschen umzusiedeln, um fruchtbares Land, das diese Menschen bisher bewohnten und bewirtschafteten, an ausländische Investoren überlassen werden kann. Betroffen ist unter anderem die westliche Region Gambella. Dort hat die Regierung 42 Prozent des Landes ausländischen Investoren überlassen. Zu den Investoren in Äthiopien, die auch internationalen Medienberichten zufolge „aggressiv“ aufträten, gehören neben chinesischen Unternehmen auch die indische Firma Karuturi Global sowie das Unternehmen Saudi Star Agricultural Development. In einem Brief an Human Rights Watch dementiert Karuturi die Behauptungen: Die Kommunen könnten innerhalb des geleasteten Landes weiter ungestört arbeiten.



Zugang zu Land und Konflikte um Landrechte verursachen in vielen Ländern seit Jahrzehnten gewaltsame Auseinandersetzungen und Krieg.



Laut GRAIN fußt Landgrabbing auf einer Landwirtschaft, die „auf großen Monokulturen, Chemikalien, fossilen Brennstoffen und sklavenähnlicher Arbeit beruht“.

3. MYTHEN

In der Studie Land and Power räumt Oxfam mit einigen Mythen auf, nur zwei Beispiele: Die (auch von der FAO in Frage gestellte) Behauptung, wonach Investoren es auf bislang weniger interessantes Land absehen, auf Randlagen etwa, sei falsch. Stattdessen suchten sie stets die „besten Lagen“. Land mit Wasser, fruchtbarem Boden, Infrastruktur, Marktnähe, um ihr Unternehmen profitabel zu machen. Und: Oxfam bestreitet, dass die Landakquirierung Jobs bringe. Dies sei besonders offensichtlich in Westafrika, wo nur ganz wenige Jobs für die lokale Bevölkerung geschaffen wurden – während die anderen Menschen als Ergebnis der Landnahme leiden würden. Auch auf zusätzliche Steuereinnahmen könne der Staat kaum hoffen. Dies hätten nicht nur Untersuchungen von Oxfam ergeben, sondern auch von der Weltbank sowie des International Institute for Environment and Development IIED.

Die Nichtregierungsorganisation GRAIN geht noch einen Schritt weiter: Das globale Landgrabbing werde die Ernährungskrise „nur verschlimmern“. Daran würden auch die derzeit in Arbeit befindlichen Leitlinien, wie sie im UN-Welternährungsausschuss zum Umgang mit Landtransaktionen beraten werden, nichts ändern. Denn das Landgrabbing fuße auf einer Landwirtschaft, die „auf großen Monokulturen, Chemikalien, fossilen Brennstoffen und sklavenähnlicher Arbeit beruht“, schreibt die Organisation im Inkota-Dossier 7 („Die neue Landnahme – Der globale Süden im Ausverkauf“). GRAIN resümiert: „Win-Win ist ein Märchen.“

4. DISKUSSION UM UN-LEITLINIEN: WIRD NUN ALLES BESSER?

Die FAO sieht das teilweise anders: Denn, so FAO-Experte Paul Mathieu, ausländische Investoren könnten helfen, in den Entwicklungsländer das bestehende Investitionsloch zu stopfen. Dass der Landbevölkerung in diesem Zuge nicht das Land, das sie bisher bewirtschafteten, genommen wird, sollen nun Leitlinien garantieren. Ziel der – freiwilligen – Verhaltenskodizes: Landkäufe sollen sowohl für die Investoren als auch für die Menschen in den Entwicklungsländern von Nutzen sein. Der Vize-Generalsekretär der FAO, Alexander Müller, sagte auf der BodenLos-Konferenz der Grünen dazu: „Die freiwilligen Leitlinien sollten ein „Baustein“ sein, um das Recht auf Nahrung zu garantieren. Einer der Schlüsselpunkte ist dabei: Wie können traditionelle Land-, Gemeinde- und Gewohnheitsrechte gesichert bleiben?“ Auch Oxfam befürwortet derartige Regeln, verlangt aber zugleich ein Moratorium für alle großen Landtransaktionen, um eine „Zuspitzung der Situation“ zu vermeiden. Zwar haben sich die beteiligten Länder inzwischen auf verschiedene Vorgaben zur Landnutzung und zur zentralen Stellung der Kleinbauern geeinigt, doch eine verbindliche Verabschiedung werde weiter von den Nahrungsmittelexportländern der G 20 blockiert.



Alexander Müller, Vize Generalsekretär der FAO

5. DIE DIMENSION: MEHR ALS 200 MILLIONEN HEKTAR IN NUR ZEHN JAHREN

In einem Report der International Land Coalition ILC (Januar 2012, veröffentlicht Dezember 2011), der die Berichte von 40 verschiedenen Organisationen auswertet, heißt es, dass sich größere Landaneignungen zwischen 2000 bis 2010 auf rund 200 Millionen Hektar weltweit summiert haben. Das entspricht der achtfachen Fläche Großbritanniens oder der 5,6-fachen Fläche Deutschlands. Allein in Afrika wurden 134 Millionen Hektar akquiriert, in Asien 29 Millionen Hektar. Oxfam geht sogar davon aus, dass seit 2001 bis Stand September 2011 bis zu 227 Millionen Hektar gekauft oder an fremde Investoren verpachtet wurden oder diese Geschäfte kurz vor dem Abschluss stehen. Diese Zahl stammt von der „Land Matrix Partnership“, einem Bündnis aus ILC, der Unis Bern und Hamburg, dem französischen Forschungsinstitut CIRAD und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ. Im Vergleich: Das aktuelle Landgrabbing betrifft damit 50 Millionen Hektar mehr als die EU mit ihren 178 Millionen Hektar Agrarfläche überhaupt nur aufweist.

Golfstaaten:

100 Landgeschäfte in Ländern mit hoher Nahrungsmittelknappheit

Zielländer	Anzahl der Landgeschäfte	Anteil der Bevölkerung, die hungert
Sudan	20	26%
Pakistan	15	24%
Philippinen	9	18%
Ägypten	8	4%
Türkei	6	<5%
Äthiopien	5	46%
Kasachstan	5	<5%
Australien	5	<5%
Ukraine	4	<5%
Vietnam	4	14%
Thailand	4	17%
Kambodscha	3	33%
Indonesien	3	6%
Burma	2	5%
Indien	2	20%
Marokko	2	<5%
Kenia	1	31%
Tansania	1	44%
Senegal	1	20%
Laos	1	19%
Mali	1	29%
Gesamt	102	
Durchschnitt		18%

Quelle: GRAIN (August 2009). Gulf Research Center, World Food Programme, FAO und Zeitungsartikel (2009)



Größere Landaneignungen haben sich zwischen 2000 bis 2010 auf rund 200 Millionen Hektar weltweit summiert. Das entspricht der 5,6-fachen Fläche Deutschlands.

6. DER AUSLÖSER: WOHER KOMMT DER UNGEHEURE SCHUB?

Auffällig ist, dass Landgrabbing etwa seit 2008 einen Boom erfährt. Die meisten Studien gehen davon aus, dass die Hunger- und Nahrungsmittelpreiskrise von 2007/2008 als Auslöser anzusehen ist – wenigstens zum Teil. Bestätigung findet diese These in einer Analyse der Organisation GRAIN und der Economics Research Foundation aus dem August 2011 zur Rolle Indiens im Landgrabbing. Denn wie Indien so bekamen einige Staaten dieser Erde es praktisch über Nacht hautnah zu spüren, wie dünn ihre Nahrungsmittelversorgung eigentlich ist.

Die Staaten wurden mit einem Male gewahr, wie volatil die Versorgung werden kann, wenn sie von einem globalen System abhängt. Denn wichtige Güter wurden plötzlich, gepusht durch Spekulation und dürftige Ernten, teuer und knapp, weil sie in Folge von Spekulation gehortet, zu Biosprit verarbeitet, als Viehfutter in Folge einer steigenden Nachfrage nach Fleisch verwendet wurden – oder einige Hauptexporteure wie Russland, die Ukraine oder Argentinien Ausfuhrstopps verhängten. Landgrabbing ist demnach eine Folge der Erkenntnis, sich von der Importabhängigkeit lösen zu müssen. Doch dieses Dilemma glauben einige Staaten, darunter China und Indien als große Import-Akteure auf dem globalen Markt für Nahrungs- und Futtermittel, nicht auf dem eigenen Territorium lösen zu können. Das bedeutet: Wer nicht genug Platz im eigenen Land zur Ausdehnung der agrarischen Produktion hat, der lagert die Anbaufläche in fremde Territorien aus, in dem er sich dort Landrechte sichert.

Die meisten Studien gehen davon aus, dass die Hunger- und Nahrungsmittelpreiskrise von 2007/2008 als Auslöser anzusehen ist – wenigstens zum Teil.



7. DIE AKTEURE: CHINA – DER HAUPTTREIBER



China gilt als der größte und wesentlichste Motor des internationalen Landgrabbing. Dabei spielen mehrere Faktoren eine Rolle: China ist Opfer seines wirtschaftlichen Erfolgs, den das Land auf dem Rücken der Umwelt erzielt. Das ungstüme Wachstum hat dem Land eine ungeheure Umweltbelastung beschert, riesige Landflächen sind von Wüstenbildung bedroht, zehn Prozent der Agrarböden sind mit Schwermetallen belastet. Fruchtbare Böden wurden mit Wohnsiedlungen und Industrie zugebaut. Jedes Jahr wachsen die Städte Chinas um 24 Millionen Einwohner, und weil zugleich der Wohlstand wächst, wächst die Nachfrage nach Nahrungsmitteln gigantisch.

Nach offiziellen Angaben hat China in den Jahren 2000-2005 durchschnittlich 1,2 Millionen Hektar Land pro Jahr verloren. Investoren wie Alex Pestana, Investment Strategie bei Sanlam Investment Management (SIM), rechnen damit, dass weitere Millionen Hektar unweigerlich hinzukommen. Gleichzeitig wächst der Hunger der chinesischen Bevölkerung auf die in der Herstellung ressourcenintensiven Fleisch- und Milchprodukte, und die Regierung setzt zunehmend auf Agrarkraftstoffe. Die verbliebene Agrarfläche liegt mit rund 120 Millionen Hektar an der als kritisch angesehenen Schwelle.

In China leben etwa 20 Prozent der weltweiten Bevölkerung auf neun Prozent der globalen Fläche. Gerade der industrielle Aufschwung der letzten Jahre hat die landwirtschaftlich nutzbare Fläche weiter reduziert. Es ist also nicht verwunderlich, glaubt auch die Organisation Inkota, dass China zu den größten ‚Land-Grabschern‘ überhaupt zählt. Um den Eigenbedarf an Nahrungsmitteln, Futtermitteln und Agrarkraftstoffen decken zu können, kauft China derzeit im großen Maßstab Ackerland und landwirtschaftliche Produktionsmittel anderer Länder auf. China selbst geht davon aus, innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre der größte Importeur von Agrargütern zu werden. Schon heute ist das Land der weltgrößte Abnehmer von Soja und Baumwolle.

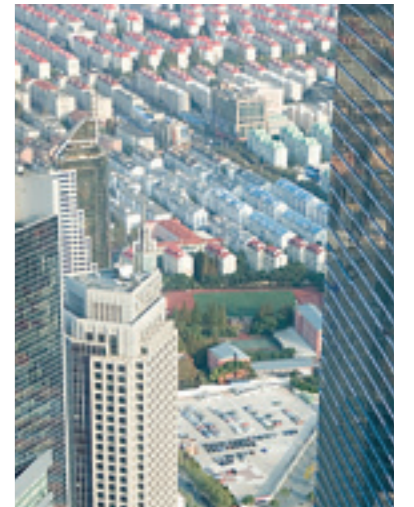
Handelsströme – Sojabohnen und Sojaöl 2010

in Mio. t



Quelle: OVID (2011)

In China leben etwa 20 Prozent der weltweiten Bevölkerung auf neun Prozent der globalen Fläche.



Fruchtbarer Boden wurde mit Wohnsiedlungen und Industrie zugebaut.

Auf den Philippinen will China eine Million Hektar Land sichern, um dort Hirse, Mais und Reis für den Export anzubauen.

Wegen der Sojaversorgung ist Argentinien in den Blick der Chinesen geraten: Dort aber sind Landverkäufe an Ausländer limitiert, so dass China einen anderen Weg geht. So hat die im Nordosten Chinas gelegene Provinz Heilongjiang Verträge zur Bewirtschaftung in der argentinischen Provinz Rio Negro und den Tälern des Rio Colorados abgeschlossen. Heilongjiang, die selbst für elf Prozent der chinesischen Nahrungsmittelproduktion steht, arbeitet dabei mit der staatlichen Beidahuang Gruppe zusammen. Die Gruppe will das Bewässerungssystem für 300 000 Hektar Land sanieren und hat im Gegenzug die Rechte an der Ernte dortiger Farmer – vor allem Gen-Soja und Mais, zum kleinen Teil aber auch Obst und Gemüse, zu bekommen. Vor Ort freilich, berichtet Al Jazeera, ist die Bevölkerung besorgt, und zwar wegen der erwarteten negativen Auswirkungen auf die Umwelt und dem exzessiven Gebrauch von chemischen Pflanzenschutzmitteln.

Wegen der unsicheren Versorgungslage im eigenen Land, die mehr und mehr an ihre Grenzen stößt, halten es Investoren wie Pestana für naheliegend, wenn China den Blick nach Afrika richtet: Dort, südlich der Sahara, würden nur 15 Prozent des potentiellen Ackerlandes bewirtschaftet.

Derartige Schätzungen beruhen zum großen Teil auf satellitenbasierten Studien aus der Mitte der 1990er Jahre, die aber das Ausmaß der Kultivierung und teils temporären Weidewirtschaft unterschätzen, belegte die kanadische ETC Group 2010, die sich für kulturelle und ökologische Vielfalt sowie Menschenrechte stark macht. Die Gruppe fand heraus, dass sich bei näherer Betrachtung zeige, dass diese Ländereien häufig die Lebensgrundlage von Menschen darstellen, die in der nationalen Politik marginalisiert werden. „Ihre Landnutzung ist oft unsichtbar für einen nationalen und internationalen Blick, der wenig Verständnis für traditionelle Lebens- und Wirtschaftsweisen aufbringt und der von einem industrialistisch verengten Verständnis von ländlicher Entwicklung und Landnutzung geleitet ist und zudem seine Bewertungen aus Fernerkundungen ableitet“, heißt es in dem Report.

Bereits bis Ende 2009 gab es 142 chinesische agrarische Investments in Afrika. Börsianer wie Pestana glauben, dass dieses finanzielle Engagement einen großen Einfluss auf die Nahrungsmittel- und Landpreise in Afrika haben, Afrika würde also vom Engagement Chinas profitieren. Der Griff nach Afrika gilt in China als Baustein einer „nationalen Ernährungssicherheitspolitik“: Bereits 2008 hatte das chinesische Landwirtschaftsministerium chinesische Firmen aufgefordert, im Ausland Boden zu erwerben. Das Ziel: Chinas langfristige Versorgung insbesondere mit Sojaprodukten sicherzustellen. Die aktuelle Medienberichterstattung über das Thema suggeriert, landwirtschaftliche Großinvestitionen seien ein neues Phänomen. Dies trifft jedoch nicht zu: So ist China bereits seit den 1950er Jahren in der afrikanischen Landwirtschaft aktiv. Nicht alles, was die Chinesen vorhaben, gelingt auch: In Mosambik etwa war eine 800 Millionen US Dollar Investition geplant, bei der 10 000 chinesische Bauern angesiedelt werden sollten. Der Deal wurde durch politischen Druck abgebrochen.

Laut der Nichtregierungsorganisation GRAIN haben chinesische Investoren in den letzten Jahren Verträge mit Entwicklungsländern im Wert von über 50 Milliarden US-Dollar abgeschlossen. Eines der größten Geschäfte betrifft den Kongo: Das halbstaatliche Unternehmen ZTE International hat einen der größten Land Deals überhaupt abgewickelt. Mit der Demokratischen Republik Kongo ist ein Vertrag von über 2,8 Millionen Hektar



abgeschlossen worden. Auf der Fläche sollen für die Erzeugung von Agrarkraftstoffen Palmölplantagen entstehen. Auf den Philippinen will China eine Million Hektar Land sichern, um dort Hirse, Mais und Reis für den Export anzubauen.

Eine der größten chinesischen Agrar-Investment-Firmen, die Hainan Co., Ltd for International Economic Corporation, kündigte Mitte Januar an, in Sierra Leone 1,23 Milliarden US-Dollar in die Produktion von Gummi und Reis zu investieren. Hauptziel: Die Rohstoffe billiger zu produzieren. Allein für die Reisproduktion sind 30 000 Hektar vorgesehen. Den Ankündigungen zufolge will China mehr als 1000 Kilometer Straßen und Zubringerwege anlegen und angeblich 100 000 Job-Gelegenheiten schaffen. Offen bleibt, ob das Dauerarbeitsplätze sind.

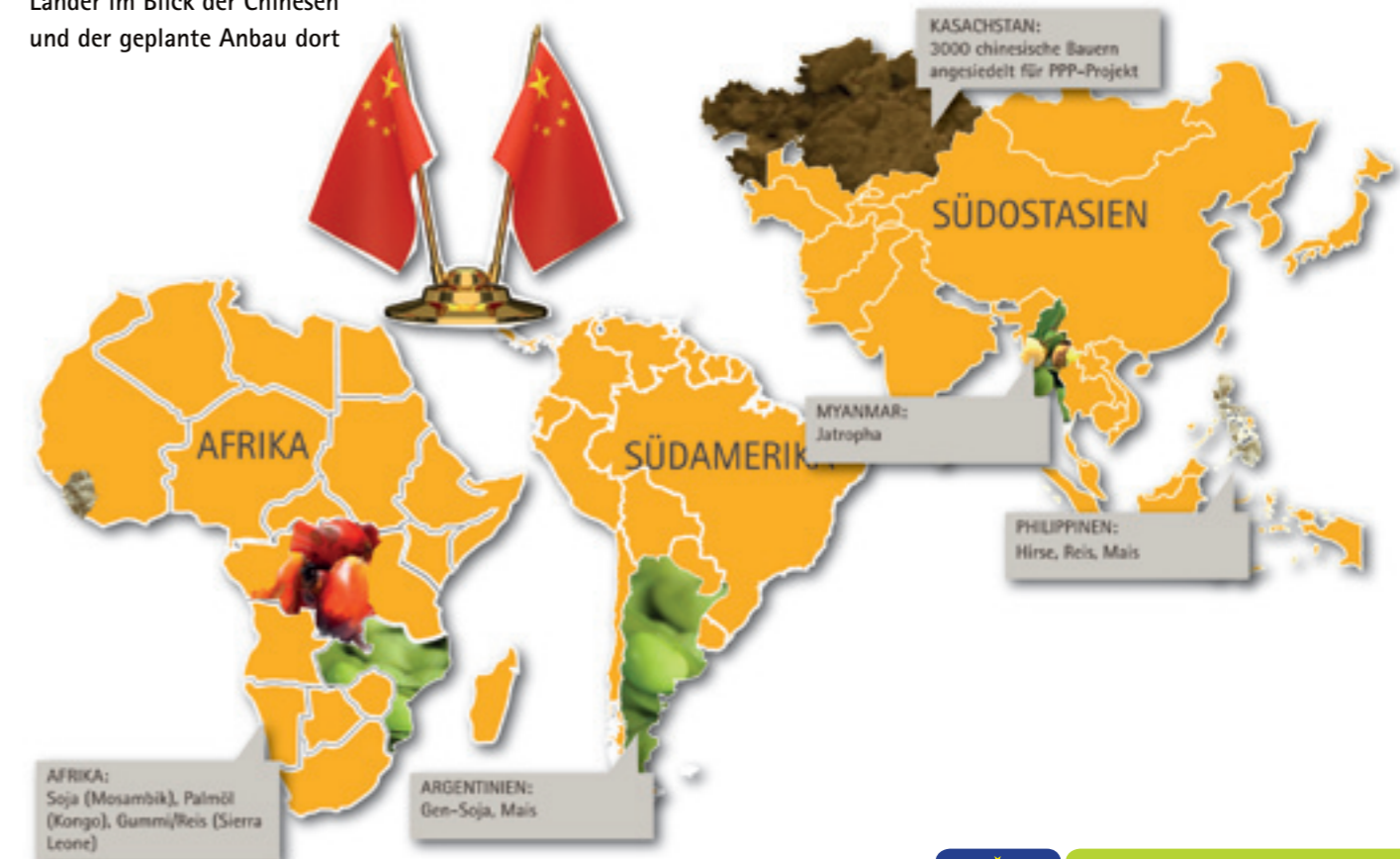
Ebenfalls keinerlei Entwicklungsimpulse setzen Investoren, die ihre eigenen Arbeitskräfte aus dem Ausland mitbringen, moniert die Deutsche Welthungerhilfe: So arbeiten zum Beispiel 3000 chinesische Farmer im Rahmen eines PPP-Projektes in Kasachstan, und es ist geplant, bis zu 10 000 chinesische Farmer zur Umsetzung eines Projekts der chinesischen Regierung in Mosambik einzusetzen. „Die heimische Landwirtschaft wird hierbei ohne Schaffung von neuen Einkommensmöglichkeiten für heimische Bauern verkauft“, kritisiert die Welthungerhilfe. Damit verlieren Klein- und Subsistenzbauern nicht nur ihre Ernten und ihr Einkommen, sondern schließlich auch den Zugang zu angemessener Nahrung. In Myanmar hat der Kauf von Land durch chinesische Firmen besonders dramatische Folgen: Bauern wurden von ihrem Land vertrieben, um dort die Ölpflanze Jatropha anzubauen – das Schwellenland benötigt Energie. Bereits zuvor waren die Bauern jahreszeitlich bedingter, zyklischer Ernährungsunsicherheit ausgesetzt, doch mit dem Entzug von Boden verloren sie ihre letzte Ernährungsgrundlage. Obwohl Myanmar großes landwirtschaftliches Ertragspotential hat, leistet das Welternährungsprogramm dort Nahrungsmittelhilfe, vor allem in Form von Schulspeisungen.

In Myanmar hat der Aufkauf von Land durch chinesische Firmen besonders dramatische Folgen: Bauern wurden von ihrem Land vertrieben, um dort die Ölpflanze Jatropha anzubauen.



Jatropha
(Siehe auch Kasten S.30)

Länder im Blick der Chinesen und der geplante Anbau dort





Das chinesische Agrarunternehmen Tianjin State Farms Agrobusiness Group Company will Mais und Sonnenblumen in Bulgarien erzeugen. Die Bulgaren werden von der Ernte nichts abbekommen: Die gesamte Produktion wird ins Heimatland China exportiert.

8. AFRIKA NICHT ALLEIN: SELBST EUROPA IST INS VISIER DER CHINESEN GERATEN

China greift nach Europa. So hat die Tianjin State Farms Agrobusiness Group Company jetzt 200 000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche gegen die Zahlung von zunächst zehn Millionen Euro in der bulgarischen Nordwest-Provinz Vidin gepachtet. Das chinesische Agrarunternehmen will in dieser Provinz, die zu den ärmsten Regionen in der EU zählt, Mais und Sonnenblumen erzeugen. Auch in diesem Fall werden die Bulgaren von der Ernte nichts abbekommen: Die gesamte Produktion wird ins Heimatland China exportiert. Zugleich soll eine Tierproduktion aufgebaut werden, in die das Unternehmen weitere 20 Millionen Euro investieren will. Hierzu sollten in der Provinz Vidin auch Futterpflanzen angebaut werden. Gegenüber dem bulgarischen Vize-Landwirtschaftsminister Tsvetan Dimitrov hatte Gao laut Nachrichtendienst Agraeurope betont, dass China auch an der Einfuhr von Wein, Milchprodukten, Geflügelfleisch, Eiern, Getreide und Ölsaaten, Gemüse sowie verarbeiteten Lebensmitteln aus Bulgarien interessiert sei. Ministerpräsident Borisov wertete das ausgehandelte Agrarprojekt als einen "wichtigen Schritt" für zukünftige Gemeinschaftsvorhaben mit China. Der Premier äußerte die Hoffnung auf weitere Investitionen chinesischer Unternehmen in die bulgarische Wirtschaft.

9. VOM TÄTER ZUM OPFER: LANDGRABBING AUCH IN CHINA?

Gleichzeitig ist China aber auch selbst Ziel solcher Investitionen. Die amerikanische Investment Bank Goldman Sachs hat für knapp 500 Millionen US Dollar industrielle Geflügel und Schweinezuchtbetriebe in China aufgekauft. Während die Bank nicht das Tagesgeschäft abwickelt, behält sie sich die Kontrolle über die Preise vor. Kritiker sehen darin ein weiteres Beispiel für den Raub der landwirtschaftlichen Produktionsmittel der ländlichen Bevölkerung durch ausländisches Kapital.

10. DAS INTERNATIONALE AUSMASS: WELCHE LÄNDER SIND BETROFFEN?

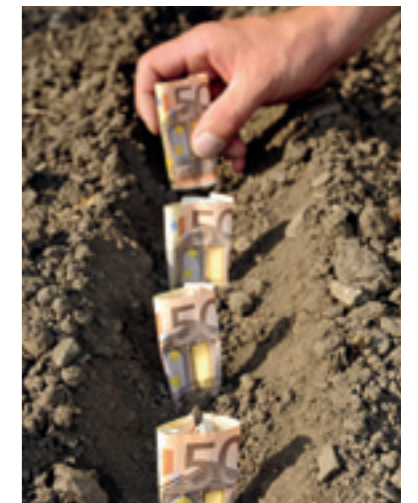
Von den geschätzten 60 Ländern stechen in einem Vergleich, den Inkota anstellt, sechs Länder heraus: Äthiopien, Kolumbien, Madagaskar, Pakistan, Sudan – und Rumänien. Beispiel Äthiopien: Dort ist es wiederum vor allem Indien, das sich eine Million Hektar gesichert haben soll. Auch die Golfstaaten (Saudi-Arabien), China, Südkorea sowie die Nachbarländer Ägypten und Dschibuti haben dort in Land investiert.

Die Weltbank schätzt, dass ein Viertel der Landaneignung sich auf Sudan, Äthiopien, Ghana, Nigeria und Mosambique erstrecken. Allein in Ostafrika haben laut GRAIN 2010 mehr als 80 indische Firmen rund 2,4 Milliarden Dollar in den Landerwerb gesteckt, und zwar auch in Kenia, Madagaskar und den Senegal. Die Ernte geht nicht auf den afrikanischen Markt, sondern wird nach Indien verschifft.

Die Folge in den von China, Indien und anderen Ländern wie den Golfstaaten oder Südkorea „besetzten“ Ländern sind desaströs wie in vielen anderen Fällen des Landgrabbing: Landvertreibung, Missachtung von Menschenrechten, die Kleinbauern können ihre Familien nicht mehr ernähren, das Wasser wird knapp. Ist das der neue Kolonialismus? Indische Firmen lehnen diese Bezeichnung selbstredend ab, und sie erhalten Rückendeckung von der Regierung: „Einige Firmen sind interessiert, Agrarland zu kaufen, um Zuckerrohr anzubauen und es auf dem internationalen Markt zu verkaufen. Es ist ein Geschäft, nicht mehr“, kommentiert Indiens Agrarminister Sharad Pawar, auch Chef der Nationalistischen Kongress Partei. Der Chef der an den Transaktionen selbst beteiligten Adani-Gruppe, Pranav Adani, drückt es deutlicher aus: Es gebe eine „dringende Notwendigkeit“ für Indien, „Länder zu finden, in denen Indien seine Hülsenfrüchte und sein Getreide anbauen kann“, denn indische Farmen produzierten nicht genug.



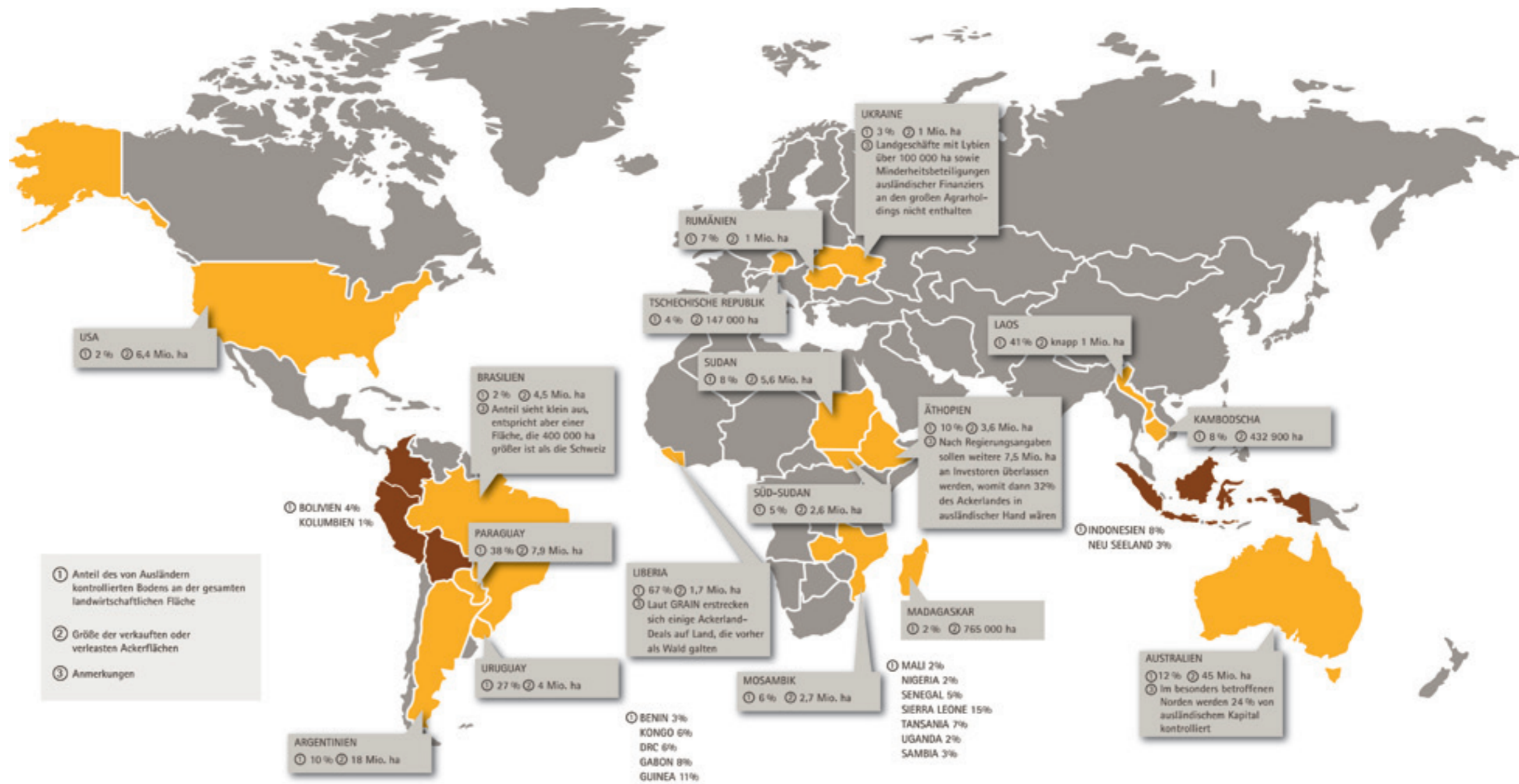
Sechs Länder sind die Hauptbetroffenen von Landaneignung durch ausländische Investoren: Äthiopien, Kolumbien, Madagaskar, Pakistan, Sudan – und Rumänien.



„Einige Firmen sind interessiert, Agrarland zu kaufen, um Zuckerrohr anzubauen und es auf dem internationalen Markt zu verkaufen. Es ist ein Geschäft, nicht mehr.“ (Sharad Pawar, Agrarminister Indien)

ANTEIL DES AN AUSLÄNDER VERKAUFTEN ODER VERLEASTEN AGRARLANDES

Sudan, Äthiopien, Mosambik und Liberia: In Afrika sind dies die am stärksten von Landgrabbing betroffenen Länder. Nicht nur in Tschechien und Rumänien wird von Ausländern "zugriffen", sondern gleichzeitig auch in Europa, Australien und selbst den USA. Die Hauptakteure wiederum sitzen in China, Indien, den Golfstaaten oder kommen in Form von Pensions- und Investmentfonds aus Skandinavien oder den USA.



Quelle: GRAIN (2011)

11. VIER BEISPIELE FÜR LÄNDER MIT BESONDERS HEFTIGEN AUSWIRKUNGEN



HOTSPOT KAMBODSCHA

Auch in Kambodscha hat ähnlich wie bei Biosprit ein besonderer Aspekt der EU-Politik immense negative Auswirkungen. Dies zeigte sich etwa während der Konferenz „Boden-Los“ der grünen Bundestagsfraktion und der Heinrich-Böll-Stiftung im November 2010. In diesem Fall geht es nicht um Biosprit, sondern um Zucker. So hatte die EU-Initiative „Everything but arms“, die es den am wenigsten entwickelten Ländern ermöglichen soll, zoll- und quotenfrei außer Waffen alle denkbaren Waren in die EU zu importieren, eine nicht vorhergesehene Konsequenz: Nach dem auch Zucker unter diese Regelung gefallen war, kamen thailändische Investoren nach Kambodscha, um dort in Zuckerrohr zu investieren. Die Chance, Zucker billig in die EU einzuführen, lockte sie. Die Folge in Kambodscha: Eine massive Landvertreibung. Die EU-Initiative, so Vuthy Eang von Bridges across Borders/Kambodscha, habe sich zum „Alptraum“ für die kambodschanische Bevölkerung entwickelt. Kambodscha gilt ohnehin als ein Hotspot des Landgrabblings.

Dort wurden in den letzten Jahren drei Millionen Hektar Land aber auch neu verteilt. Daran wirkte die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ mit, als eine Million Hektar an die lokale Bevölkerung vergeben wurden. Das, schreibt Roman Herre von der Organisation FIAN, „hört sich erstmal gut an“. Doch auf den zweiten Blick verliert sich dieser Eindruck: Es seien bisher keine Titel an indigene Gemeinschaften vergeben worden, und Flächen, die „im Visier von Investoren sind“, würden „regelmäßig aus der Titelvergabe“ ausgeschlossen. Ein Nachweis auf Landrechte helfe der Bevölkerung in solchen Fällen wenig. Herre appelliert deshalb an die Bundesregierung, die Auswirkung der geförderten Programme „umgehend einer menschenrechtlichen Bewertung zu unterziehen“.

Die Neue Zürcher Zeitung berichtet, dass allein in Kambodscha – und dies mit der indirekten Hilfe der EU – eine Million Menschen von Vertreibung bedroht seien. Profiteure seien oft Politiker und hohe Beamte, behauptet die Organisation Cambodian Commission for Human Rights.

Ungewollte, aber fatale Folgen einer unbedachten EU-Politik: Die Chance, Zucker billig in die EU einzuführen, lockte Investoren nach Kambodscha. Die Folge: Eine massive Landvertreibung.



KRISENLAND SUDAN

Im heute unabhängigen Süd-Sudan konnte sich der von Inkota als „skrupellos“ beschriebene US-amerikanische Investor Philippe Heilberg von einem örtlichen Warlord 400 000 Hektar sichern. Saudi-Arabien will dort auf Hunderttausenden Hektar Getreide anbauen und Südkorea hat sich mehr als 690 000 Hektar Ackerland vertraglich gesichert. Inkota bilanziert: „Die wirtschaftlichen, militärischen und politischen Eliten machen gute Geschäfte, während die Masse der Armen leer ausgeht und sogar noch von Vertreibung bedroht ist“.

Laut Weltbank ist der gesamte Sudan das Land, das am umfangreichsten vom Landgrabbing betroffen ist. Eine Studie kam 2010 auf 132 verschiedene Projekte ausländischer Investoren, verteilt auf insgesamt vier Millionen Hektar Ackerfläche. Die Konzerne kommen vor allem aus Ägypten und den Golfstaaten, um mit Importen die eigene Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten. Unter anderem hat der ägyptische Konzern Citadel Capital rund 210 000 Hektar Land über eine Zeitspanne von 99 Jahren gepachtet.



HUNGER IN ÄTHIOPIEN

In kaum einem Land, glaubt Inkota, zeige sich der „Irrsinn“ des internationalen Agrarhandels, aber auch die Mitverantwortung der Regierungen für den Hunger im eigenen Land so scharf wie am Horn von Afrika. Selbst in guten Erntejahren sind Millionen von Menschen auf externe Nahrungsmittelhilfen angewiesen. Gleichzeitig offeriert die Regierung drei Millionen Hektar fruchbarstem Bodens ausländischen Regierungen und Konzernen zu Kauf und Pacht an. Die Regierung Äthiopiens verkauft die inzwischen mehr als 800 Verträge als Erfolgsgeschichte, da mit milliardenschweren Investitionen



Laut Weltbank ist der Sudan weltweit am stärksten von Landgrabbing betroffen. 132 Projekte auf vier Millionen Hektar zeugen davon.



Folgen der Vertreibung: Die Menschen haben weniger zu essen denn je, Mangelernährung und Krankheiten.

zehntausende Arbeitsplätze entstehen würden. Zudem gehe es vor allem um bislang brach liegendes Land, denn es seien nur 15 Prozent der 74 Millionen Hektar nutzbarer Agrarfläche derzeit bestellt. „Alles Lüge“ - entgegnen die Kritiker, es gebe gar kein ungenutztes Land in Äthiopien, und die neuen Farmen würden das ohnehin knappe Wasser nicht nur sogar umsonst gestellt bekommen, sondern es der Bevölkerung vorenthalten. Gleichwohl begannen indische Firmen – wie andere – ihren Eroberungszug in Afrika und setzten ihn in anderen Erdteilen fort. Indien soll inzwischen mit einer Million Hektar größter Investor in Äthiopien sein. Aber auch die deutsche Acasis AG, in der Börsenwelt einst als „Jatropha-Aktie“ bezeichnet, hat über ihre äthiopische Tochterfirma Acasis Agro-Industry nach eigenen Angaben 56 000 Hektar von der Regierung gepachtet. Acasis baut Castorpalmen an. Das indische Unternehmen Karuturi will auf mehr als 300 000 Hektar Mais, Reis und Gemüse anpflanzen.



WÄLDER FÜR KLIMASCHUTZ IN UGANDA

Der aktuelle Report der Entwicklungsorganisation Oxfam „Land and Power, the growing scandal surrounding the new wave of investments in Land“ beschreibt die Lage in Uganda. Dabei geht es um die Geschichte von 20 000 Menschen, die anklagen, dass sie zwischen 2006 und 2010 von ihrem Land und aus ihren Häusern im Distrikt Kiboga und im Distrikt Mubende vertrieben worden seien. Obwohl sie in den Häusern 30 Jahre und länger gelebt hätten. Dahinter soll die aus Großbritannien kommende Gruppe New Forests Company NFC stehen. Sie hat von den ugandischen Forstbehörden Lizenzen bekommen, um dort sowie in Tanzania, Ruwanda und Mozambique Wald im Zuge des Klimaschutzes Wald (UN Clean Development Mechanism) zu hegen und zu pflanzen. Während die ugandischen Behörden behaupten, die vorherigen Bewohner hätten die Gegend illegal bewohnt, ihre Vertreibung wäre rechtmäßig, nennt sich die NFC eine nachhaltig und sozial arbeitende Firma und schafft tatsächlich in ländlichen Gebieten Jobs und baut Schulen. Das Unternehmen, das auch FSC-zertifizierte Plantagen betreibt und finanzielle Unterstützung durch die European Investment Bank erfährt, behauptet: Die Menschen hätten das Land freiwillig verlassen. Das sieht Oxfam ganz anders, die Vertriebenen hätten durchaus das Recht gehabt, dort zu leben. Die Folgen der Vertreibung: Die Menschen hätten jetzt weniger zu essen denn je, Mangelernährung und Krankheiten gerade bei Kindern träten auf, und die „neuen“ Behausungen seien notdürftig aus Stroh oder Plastik gebaut. NFC räumt ein, dass man nicht wisse, ob und in welchem Umfang die Vertriebenen von den eingeleiteten sozialen Gegenmaßnahmen profitieren könnten.



ES GEHT NICHT ALLEIN UM GETREIDE UND GEMÜSE

12. NEUE ZAHLEN LEGEN FOKUS AUF UMSTRITTENE ROLLE DES BIODIESELS

Erstmals geht der ILC-Report vom Januar 2012 „Land Rights and the Rush for Land“ auch einer Quantifizierung der mit den Transaktionen verfolgten Ziele nach. Solche Abschätzungen waren in bisherigen Reports inklusive jenen der FAO angeblich wegen fehlender Daten vermieden worden.

Das Ergebnis war gleichermaßen überraschend wie erschreckend und dürfte nicht ohne Folgen gerade für die europäische Politik bleiben, sollten sich die Zahlen in weiteren Untersuchungen bestätigen. So wurden zwar erwartungsgemäß 78 Prozent der von den ILC-Mitgliedern überprüften Transaktionen (sie betrafen 71 Millionen Hektar) mit dem Ziel einer agrarischen Produktion getätigt.

Die restlichen 22 Prozent wurden gekauft, um Bodenschätze zu gewinnen, oder das Land dient industriellen Zwecken, dem Tourismus oder der Forstkonservierung, wie sie sich etwa aus dem REDDplus Programm der UN (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) ergibt – also um die Waldvernichtung auszugleichen.

Damit sollen 53 Prozent der von den beteiligten Organisationen nachverfolgten Landnahmen von insgesamt 71 Millionen Hektar für die Erzeugung von Pflanzensprit verwenden.



78 Prozent der Land-Transaktionen wurden mit dem Ziel einer agrarischen Produktion getätigt. Drei Viertel dieser Flächen aber sollen keine Nahrung oder Viehfutter erzeugen, sondern für die Produktion von Biofuels.

Die FAO hat bereits 2009 die Biosprit-Politik der EU als eine wesentliche treibende Kraft des Landgrabblings identifiziert. Das Invest in diese Anlage allerdings hängt vom Ölpreis ab. Je teurer das fossile Öl, je stärker greifen Investoren zum Anbau von „Spritpflanzen“.

det werden. In Afrika ist dieser Anteil noch bedeutend höher, er liegt bei 66 Prozent. Die Verwendung für Nahrung folgte dort mit 15 Prozent auf Platz zwei.

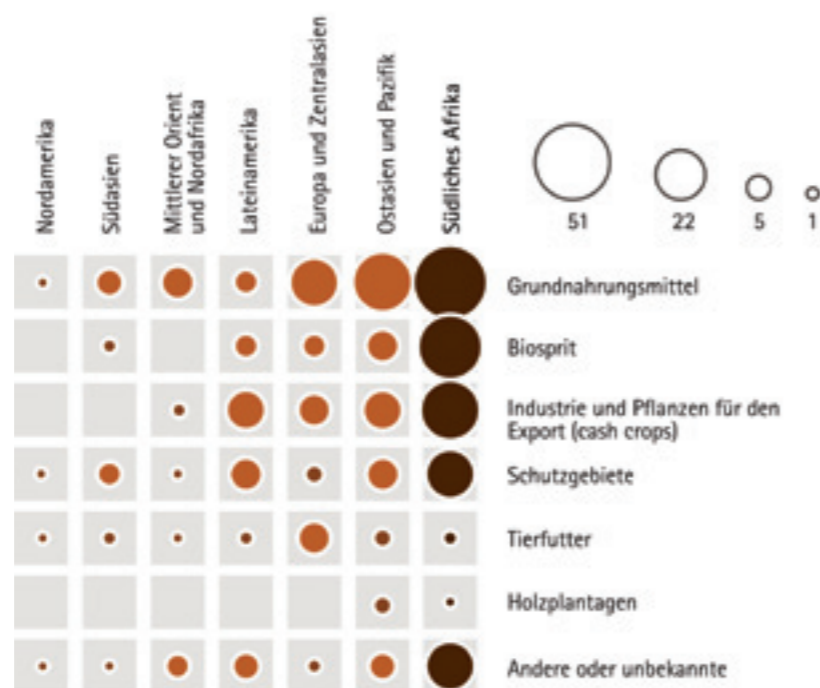
Die nach ILC-Angaben in seinem Umfang bislang einzigartige Untersuchung korrigiert damit vor allem erste Abschätzungen der Weltbank, die sich auf die Überprüfung von Transaktionen der Jahre 2008 und 2009 bezog. Danach seien nur 21 Prozent der Deals für den Zweck des Anbaus von Pflanzensprit gedacht gewesen.

Die ILC macht ausdrücklich das Ziel der Europäischen Union, bis 2020 zehn Prozent des fossilen Benzins und Diesels durch erneuerbare Energien zu ersetzen, für diesen Schub verantwortlich. Denn 80 bis 90 Prozent des 10-Prozent-Ziels werden 2020 voraussichtlich aus Pflanzensprit kommen. Friends-of-the-Earth-Sprecher Robbie Balke nennt die Entdeckung „schlimmer als befürchtet“, zumal „Europas Appetit“ auf Land bereits heute verheerende soziale Folgen habe und große Umweltschäden anrichte.

Auch die FAO hatte bereits 2009 die Biosprit-Politik der EU zwar als eine wesentliche treibende Kraft identifiziert, hatte das Invest in diese Anlage vor dem Hintergrund eines damals sinkenden Ölpreises aber als eher langfristig angesehen und damit abgeschwächt. Die Diskrepanz aus den Zahlen der ILC und der Weltbank lässt sich unter Umständen wenigstens zu einem Teil mit dem auflösen, was heute unter „flex crops“ verstanden wird: Pflanzen wie Soja, Palmöl und Rohrzucker, die eine dreifache Verwendung haben können. Sie können eben sowohl für Sprit als auch für Nahrung und Futter angebaut werden.

Aber eben nur zum Teil: So schätzt die Netherlands Environment Assessment Agency, dass die EU für ihr 10-Prozent-Ziel 20 bis 30 Millionen Hektar zum Anbau von Pflanzensprit-tauglichen Pflanzen benötigt – das Doppelte der bundesdeutschen Agrarflächen. 60 Prozent des benötigten Pflanzensprits, schätzt die niederländische Agentur, müssten importiert werden. Derzeit sind es um die 15 Prozent.

In welche Länder gehen die Investments?



FLEX CROPS – VERWENDUNG JE NACH MARKTLAGE

Etwas differenzierter betrachtet die Welternährungsorganisation FAO die Rolle der „Bio-fuels“. In ihrer Studie „Land Grabbing in Latin America and the Caribbean – viewed from broader international perspectives“ analysiert die FAO, dass ein „bemerkenswert“ großer Teil der Landübernahmen nicht allein im Nahrungsmittelsektor beobachtet wird, sondern vor allem bei den so genannten „flex crops“. Darunter versteht die FAO Pflanzen, die sowohl als Nahrungsmittel für den Menschen als auch für Viehfutter oder als Biosprit verwendet werden können – und zwar, so die FAO, „flexibel je nach der tatsächlichen Verwendung“: Sojabohnen, Zuckerrohr, Palmöl. Dabei gibt die FAO den Annahmen, dass Biosprit ein Treiber der Entwicklung sein kann, indirekt recht: Denn vor allem in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay und Guatemala habe es wegen des „kürzlichen Wandels im globalen Nahrungsmittel-Energie Regime eine massive Ausdehnung kommerzieller Farmen und Anpflanzungen dieser Saaten gegeben“.

Auf eine Größenordnung lässt sich die FAO aber nicht ein: Die „besondere Natur“ der flex crops mache es schwierig bis unmöglich, die tatsächliche Nutzung der in fremde Hände gelangten Ländereien zu eruieren. „Nur eines ist sicher“: Der Anteil der Ländereien, die als „Non-Food-Land“ gehandelt würden, sei „enorm“, und zwar sowohl in Lateinamerika wie in anderen Teilen der Erde, und dieser Trend setze sich fort. Dazu freilich zählt die FAO nicht allein die Nutzung für Biosprit, sondern auch für „industrielle Forstwirtschaft“, Bergbau, großflächige Schutzprojekte und Kohlendioxid-Minimierungsvorhaben nach REDDplus.

13. DAS MOTIV FÜR DEN ANBAU VON SOJA ABER IST ERSTMAL DIE FUTTERERZEUGUNG

In wie weit Soja überhaupt in nennenswertem Umfang für die Biosprit-Erzeugung eingesetzt wird, muss offen bleiben und ist eine Sache des aktuellen Marktes. Tatsächlich ist das Hauptmotiv für den südamerikanischen Anbau von Sojabohnen nicht, daraus Öl für Lebensmittel oder gar Pflanzensprit zu erzeugen – sondern Futter für Rind, Schwein und Huhn. 80 Prozent des Gewichts der Pflanze bildet der so genannte Extraktions-Schrot, der übrigbleibt, wenn das Öl ausgepresst wird. Dieser Schrot ist wegen seines hohen Gehalts an leicht aufnehmbaren und verdaulichen Eiweiß-Komponenten als Kraftfutterbestandteil geschätzt und hat unter anderem wegen seines niedrigen Preises den Anbau von Eiweißpflanzen in Europa zurückgedrängt. Obwohl nur 20 Prozent der

Hauptmotiv für den südamerikanischen Anbau von Sojabohnen ist Futter für Rind, Schwein und Huhn

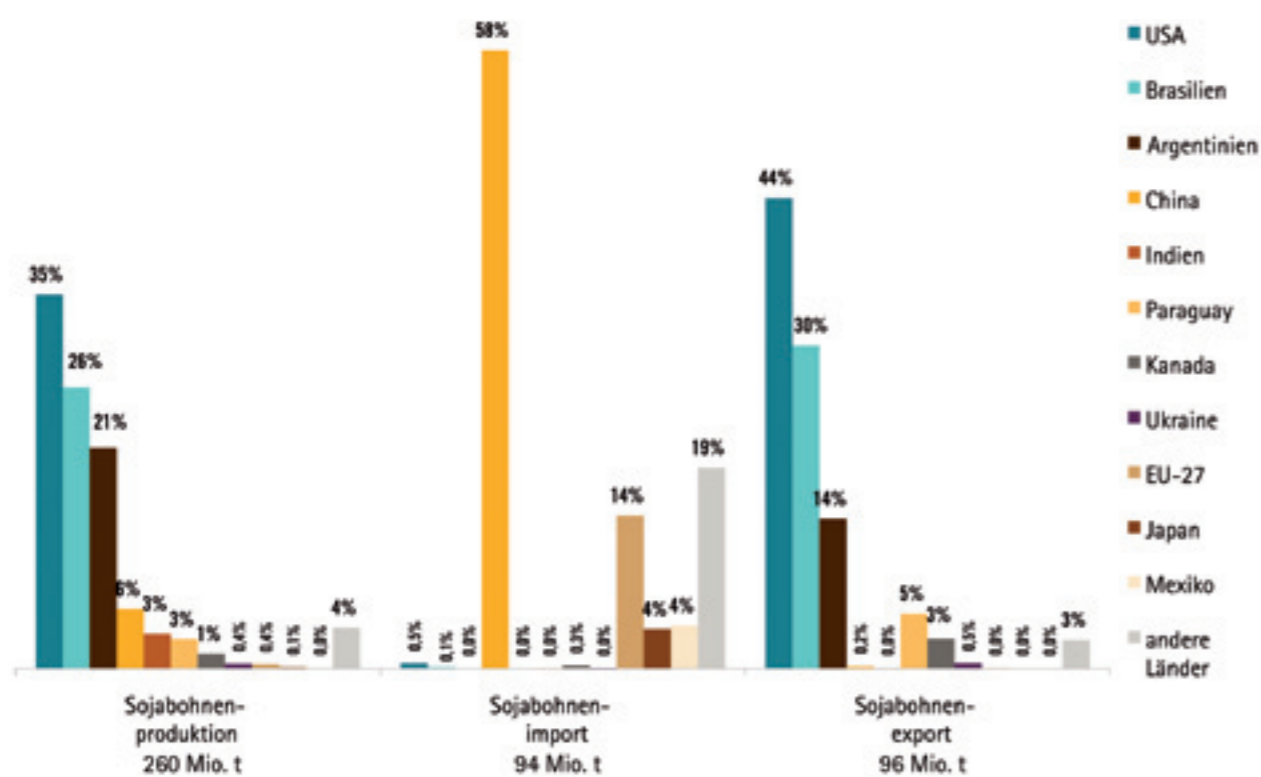




Einer der Haupttreiber der Soja-
produktion ist China: Steigender
Wohlstand führt zu steigendem
Konsum von Lebensmittelölen und
zu steigendem Fleischverbrauch, der
wiederum die Sojaschrotverwendung
beflügelt.

Ernte aus Öl besteht, steuert das Öl aber heute 45 Prozent des Erlöses bei, 55 Prozent kommen aus dem Futterteil. Das Sojaöl verbilligt also den Sojaschrot, subventioniert es quer. Anders als beim Futter, wo Soja als top gilt, ist es für die Spritherstellung völlig gleichgültig, ob Soja, Palmöl oder Rapsöl verwendet wird. Es entscheidet der Preis: Rapsöl ist teurer als Sojaöl und das ist wieder teurer als Palmöl, Sojaschrot für Tiere profitiert von der steigenden Nachfrage nach Pflanzenöl, profitiert von der steuerlichen Förderung des Pflanzöleinsatzes in Motoren. Einer der Haupttreiber der Soja-
produktion ist wiederum China: Steigender Wohlstand führt zu steigendem Konsum von Lebensmittelölen und zu steigendem Fleischverbrauch, der wiederum die Sojaschrotverwendung beflügelt. China, das meist die ganze Bohne importiert, führt jede Woche eine Million Tonnen ein. In Deutschland werden derzeit aus zehn Kilo Sojabohnen acht Kilo Futter und zwei Kilo Öl erzeugt, von denen wiederum 1,5 Kilo in Lebensmitteln landen und 500 Gramm zu Biodiesel verarbeitet werden.

Produktion | Import | Export Sojabohnen nach Ländern 2010



Quelle: OVID (2011)



AUCH FLUGGESELLSCHAFTEN GEHÖREN
ZU DEN TREIBERN DES LANDGRABBINGS

14. LUFTNUMMER BIOSPRIT FÜR LUFTHANSA

Die Meldung aus dem Handelsblatt vom 15. Juli 2011 klingt zunächst harmlos, doch die Konsequenzen sind heftig: „Die Lufthansa setzt erstmals Biokraftstoffe im regulären Flugbetrieb ein. Zwischen Frankfurt und Hamburg fliegt seit Freitag vier Mal täglich ein Airbus A321, bei dem ein Triebwerk mit einer Mischung aus herkömmlichem und Bio-Kerosin betrieben wird, wie die Lufthansa in Frankfurt am Main mitteilte. Die Testphase soll sechs Monate dauern. In dieser Zeit soll die Maschine insgesamt 1500 Tonnen weniger Kohlendioxid ausstoßen als im Flugbetrieb mit herkömmlichem Treibstoff. Lufthansa will zudem testen, wie sich der Biotreibstoff auf Wartung und Lebensdauer von Triebwerken auswirkt. Den Biotreibstoff stellt eine finnische Firma auf Basis reiner Biomasse her, wie Lufthansa mitteilte.“

Was die Meldung verschweigt, sind nicht nur die 2,5 Millionen Euro, mit denen die Bundesregierung den Deal fördert. Denn tatsächlich verbirgt sich hinter dem Biospriteinsatz nichts als Augenwischerei: Denn die Biomasse für den Sprit stammt unter anderem aus dem Jatropha-Anbau in Mosambik. Dort aber, berichtet Inkota, heize der Lufthansa-Deal die Landkonflikte weiter an. In einigen Regionen seien für den Jatropha-Anbau Menschen umgesiedelt worden. Es sei fatal, dass in einem Land, in dem 38 Prozent der Menschen unterernährt seien, Energiepflanzen für den Export nach Europa angebaut würden. Opfer dieser Entwicklung seien jene 75 Prozent der Bevölkerung, die von kleinbäuerlicher Landwirtschaft lebten.



In Südamerika und Afrika erfährt der kommerzielle Jatropha-Anbau einen Boom. Neuen Studien zufolge besteht weltweit ein Anbaupotenzial von zirka 30 Millionen Hektar.

Von Bio-Kerosin könne keine Rede sein, weil der Anbau von Jatropha gewinnbringend nur mit hohem Einsatz von Pestiziden, Kunstdünger und Wasser gelinge, argumentiert die Organisation Inkota.

THE ECOLOGIST WARNT VOR JATROPHA

Jatropha steht seit der Entdeckung, dass die ölhaltige Pflanze Biosprit-tauglich ist, in der Kritik. Anders, als zunächst propagiert, wird die wirtschaftlich genutzte Pflanze nicht auf mageren Randstandorten angebaut, sondern, argumentieren Inkota und andere Organisationen, „in der Regel auf fruchtbarem Land, weil dies höhere Erträge bringt“. Von Bio-Kerosin könne auch deshalb keine Rede sein, weil der Anbau gewinnbringend nur mit hohem Einsatz von Pestiziden, Kunstdünger und Wasser gelinge. Die Lufthansa-Passagiere würden getäuscht, sagt die Organisation.

Inzwischen ist die Firma Sun Biofuel, die in Mosambik Jatropha für Lufthansa anbaut, insolvent, sagt Inkota. Die Zukunft der 1200 Menschen, die von Sun Biofuel meist als Saisonarbeiter beschäftigt wurden, sei ungewiss. Das Beispiel zeige, wie groß das Risiko sei, wenn sich Entwicklungsländer auf ausländische Investoren verließen.

Zuvor hatte bereits The Ecologist vor eiligen Investments in Jatropha gewarnt. Die Versprechungen einiger britischer und europäischer Investment-Firmen, die Pflanze garantiere hohe Gewinne von marginalem Land, sei falsch. Friends of the Earth (FOE) glaubt erkannt zu haben, dass Jatropha weder ein Beitrag gegen den Klimawandel darstelle, noch ein Beitrag zur Beseitigung der Armut sei.

Auch FOE und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland warnt vor dem Bio-kerosin, auf das neben der Lufthansa auch andere Airlines wie KLM, Air France und British Airways zurückgreifen wollen: Die Pläne, im europäischen Luftfahrtsektor einen Teil des herkömmlichen Kerosins zu ersetzen, würden bis 2020 zu einem jährlichen Mehrbedarf von rund zwei Millionen Tonnen Agro-Sprit führen. Für dessen Produktion würde nach Untersuchungen von Friends of the Earth eine landwirtschaftliche Fläche von bis zu 3,5 Millionen Hektar benötigt. Dies entspräche einer Fläche von der Größe Belgiens.



Jatropha,

zu deutsch Purgiernuss, ist ein Strauch aus der Familie der Wolfsmilchgewächse (Euphorbiaceae), der weltweit in den Tropen und Subtropen verbreitet ist. Die toxische Pflanze produziert Nüsse, die zu 30 Prozent Öl enthalten und aus denen sich zum Beispiel „Bio“-Diesel herstellen lässt. In der Regel wird es als Abfuhrmittel, zur Kerzen-, Seifen- und Lampenölproduktion genutzt. Der Strauch gedeiht selbst in niederschlagsarmem Klima und auf wenig fruchtbaren Böden, weshalb der Anbau als nach-

haltig und nicht in Konkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln propagiert wird. Doch das ist umstritten. Denn Jatropha wird, ob in Kenia oder in Mosambik, durchaus auf Plantagen angebaut und verdrängt dort die Nahrungsmittelerzeugung. Denn auf fruchtbarem Boden angebaut, steigt der Ertrag – und der Verbrauch von Dünger, Pestiziden und Wasser. Gerade Mosambik ist den Fokus von Investoren geraten, die dort im großen Stil Energiepflanzen anbauen wollen.

DIE AKTEURE

15. WER STECKT HINTER DEN INVESTITIONEN?

Die Akteure lassen sich in staatliche, halbstaatliche und private Investoren unterteilen. Teilweise sind es Regierungen, welche die Pachtverträge aushandeln. Oft sind es Staatsfonds, staatliche oder halbstaatliche Unternehmen, die als Investor auftreten, während private Unternehmen die Produktion übernehmen. Staatliche und halbstaatliche Akteure beim Landgrabbing finden sich vor allem in den ostasiatischen Staaten sowie den Golfstaaten, fasst Thoms Fritz vom Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika FDCL in der Publikation „Das große Bauernlegen“ zusammen.

Die Organisation GRAIN schätzt, dass Landgrabbing inzwischen in 60 Ländern von einigen hundert Investment-Gruppen praktiziert wird und etwa ein Dutzend Regierungen in derartige Geschäfte involviert sind. Dabei werden bis zu 150 Milliarden US-Dollar investiert: Nach Berechnung eines der führenden Agrobusiness-Consulting-Unternehmen, High Quest Partners, haben private Investoren in Landtransaktionen inzwischen 15 bis 50 Milliarden US-Dollar gesteckt. Das Unternehmen erwartet, dass sich dieses Engagement in absehbarer Zeit auf 45 bis 150 Milliarden US-Dollar verdreifachen werde. Eine eher konservative Schätzung? So zitiert GRAIN Berechnungen das Finanzhaus Barclays Capital, wonach institutionelle Fonds rund 320 Milliarden US-Dollar und Hedge Fonds noch einmal 60 bis 100 Milliarden Dollar ins Rohstoffgeschäft gesteckt haben. Innerhalb dieses finanziellen Rahmens gelten Pensionsfonds als Schlüssel-Investoren, denn auf sie entfallen allein 100 der in Rohstoffe investierten 320 Milliarden Dollar, von denen wiederum 5 bis 15 Milliarden direkt in Landakquisitionen geflossen sind. Grain glaubt, dass sich dieses finanzielle Engagement innerhalb der nächsten fünf Jahre verdoppelt. Heute machten Landinvestitionen durchschnittlich ein bis drei Prozent des jeweiligen Portfolios aus, bis 2015 werde sich dieser Anteil bei verschiedenen Fonds auf drei bis fünf Prozent erhöhen,

GRAIN schätzt, dass Landgrabbing inzwischen in 60 Ländern von einigen hundert Investment-Gruppen praktiziert wird und etwa ein Dutzend Regierungen in derartige Geschäfte involviert sind.

Wo kommen die privaten Akteure her?

Hauptaktivitäten des Investors	Afrika	weltweit
Investmentfonds	37	106
Industrie	57	104
Agrobusiness	31	64
Andere/unbekannt	62	105

Quelle: GRAIN (2011)



Aktionstransparent: "Land für Menschen - Nicht für Profite". Die Kampagnenarbeit von Inkota soll den Druck auf Politiker in Deutschland und Europa, aber auch in den Entwicklungsländern erhöhen, damit diese die Ausweitung der Nutzung von Agrarkraftstoffen stoppen.

Einige Beispiele: Laut GRAIN ist der schwedische Fonds AP2 (Second Swedish National Pension Fund) mit 500 Millionen Dollar in Getreideland in den USA, in Australien und Brasilien investiert. Der niederländische Pensionsfonds APG soll mit einer Milliarde engagiert sein. Der dänische PKA (Pensionskassernes Administration) hat demnach mit 370 Millionen US-Dollar 1,5 Prozent seines Umfangs in Farmland, der US-amerikanische Fonds TIAA-CREF (Teachers Insurance & Annuity Association - College Retirement Equities Fund) hat zwei Milliarden Dollar in 400 Farmen in Amerika, Australien und Ost-Europa investiert. In Russland und der Ukraine haben sich ausländische Investoren oft an bereits bestehenden inländischen Holdings beteiligt. So ist die Swedish Black Earth Farming an der russischen Agroinvest beteiligt, die mehr als 300 000 Hektar besitzt.

Es sind aber auch Kleinanleger, die, ob bewusst oder unbewusst, sich an Landdeals beteiligen. Etwa, weil sie im Zuge der Nahrungsmittelkrise von 2008 durch Fondsmanager und Banken animiert wurden, „in Agrartitel zu gehen“. Derartige Fonds, wie sie in Deutschland unter anderem Allianz und Deutsche Bank anbieten, beteiligen sich mit ihren Fonds aber häufig an Konzernen, die eng mit dem Landgrabbing verbunden sind.

Doch derartiges finanzielles Engagement ist mitunter auch schnell beendet: So nahm die Fondsgesellschaft der Deutschen Bank, DWS, Abschied von seiner Aktienbeteiligung bei der thailändischen Gruppe KLS. Deren Tochterunternehmen Khon Kaen Sugar Industry, das mit Konzessionen auf 70 000 Hektar Zuckerrohr in Kambodscha anbauen darf, wird unter anderem angelastet, die Reisfelder und Gemüsegärten von 400 Familien planiert zu haben. Die Familien verloren den Zugang zu Wald und Weiden. Und Vieh das im Konzessionsgebiet weidete, sei von Sicherheitskräften des Zuckerkonzerns erschossen worden. Der Ausstieg der Fonds indes habe in erster Linie rein finanzielle, also zunächst einmal keine sozialen oder politischen Gründe gehabt, heißt es bei den Fondsmanagern. Vielmehr sei das Kursziel erreicht worden. Erst in zweiter Linie solle eine Rolle gespielt haben, dass die Arbeit von KLS zu sozialen Verwerfungen und Umweltproblemen geführt hatte. DWS ist mit KSL weiter im Gespräch. Man gehe davon aus, dass sich das Unternehmen künftig internationalem Normen entsprechend verhalten werde, denn KSL habe „einen Ruf in Thailand zu verlieren“.



Im Portfolio des DWS Global Agribusiness Fund sowie des DWS Invest Global Agribusiness Fund befinden sich etwa Aktien des argentinischen Unternehmens Cresud. Die argentinische Cresud befindet sich derzeit auf Einkaufstour. Zusätzlich zu den 484 000 Hektar, die das Unternehmen in Argentinien, Brasilien, Paraguay und Bolivien bereits besitzt und den über 90 000 in der Region gepachteten Hektar, möchte Cresud weitere Ländereien für Viehwirtschaft, Soja- und Maisanbau erwerben. Cresud gilt als ein Unternehmen, das teils illegal, teils mit Rückendeckung von Provinzpolitikern für die größten Abholzungen Argentiniens verantwortlich zeichnete. Leidtragende waren vor allem indigene Gruppen wie die Wichi, die Wald zum Jagen und Sammeln von Holz nutzen. Bei DWS indessen gilt Cresud inzwischen als eines der am nachhaltigsten operierenden Unternehmen.

Fonds sind auch am berüchtigten Unternehmen Wilmar International, größter Agrarkonzern Asiens mit Sitz in Singapur, beteiligt. Wilmar besitzt Palmölplantagen in Indonesien und Malaysia. Dem Unternehmen wird vorgeworfen, in Indonesien illegale Brandrodungen durchzuführen und traditionelle Landrechte zu verletzen. Der Palmölanbau insgesamt ist zudem verantwortlich für die massive Abholzung von Wäldern. Dadurch sind in Indonesien 100 der 216 Millionen Einwohner, die überwiegend von der Nutzung des Waldes leben, in ihren Existenzmöglichkeiten bedroht. Der Palmölanbau in Indonesien ist zudem, wie eine neue Studie des Centers for International Forestry Research CIFOR zeigt, alles andere als hilfreich im Klimaschutz: Weil dort für den Anbau der Palmen zunehmenden Moore abgeholzt werden, gelangt durch Trockenlegung und Zersetzung des Bodens je Hektar 200 bis 300 Tonnen Kohlendioxid frei. Die speziellen Tiefenmoore Indonesiens speichern mehr Kohlendioxid als Regenwälder. Erst nach 200 Jahren Biodiesel-Produktion „ist die Kohlenstoff-Schuld abbezahlt“, sagt Louis Verchot vom CIFOR.

Angehörige des indigenen Volks der Wichi dürfen zwar trotz massiver Landverkäufe im argentinischen Naturschutzgebiet Pizarro auf ihrem alten Land bleiben. Doch nun sind sie umkreist von Soja-Feldern – statt von Jagdgründen.



Wilmar besitzt Palmölplantagen in Indonesien und Malaysia. Dem Unternehmen wird vorgeworfen, in Indonesien illegale Brandrodungen durchzuführen und traditionelle Landrechte zu verletzen.



DIE LANDGRABBER KOMMEN NÄHER

16. DER OSTEN, ANLAGEKLASSE MIT ZUKUNFT?

Auch Europa ist ins Visier der Landgrabber geraten, in Rumänien, wo inzwischen sieben Prozent der Agrarfläche als von ausländischen Investoren kontrolliert gelten, seien zuletzt 100 000 Hektar Wald an Ausländer verkauft worden, heißt es bei Inkota. Firmen aus Schweden, Finnland, Österreich, selbst die US-amerikanische Harvard-Universität kaufte 30 000 Hektar. Der Porsche-Clan besitzt 8000 Hektar Wald, und Milliardär Bernhard Termühlen hat in Arad (Westrumänien) 5000 Hektar Äcker gekauft. Laut Top Agrar begründet er das so: Ackerland sei eine „Anlageklasse mit Zukunft“.

Mehr noch aber geht es um Staaten wie Russland und die Ukraine. Im Hintergrund steht die Annahme der FAO, dass nur vier Länder der Erde ein signifikantes, unerschlossenes Land-Potential haben, um einen maßgeblichen Anteil am Decken des künftigen Bedarfs der Welt zu leisten: Neben Kasachstan und Argentinien seien dies vor allem Russland und die Ukraine. Allein in Kasachstan, trotz schlechter Transportanbindung (die direkte Anbindung an die Seehäfen fehlt) einem der wesentlichen Getreideexporteure der Erde, will China eine Million Hektar Land leasen. Unterschiedliche Schätzungen gehen davon aus, dass allein in Russland noch 27 bis sogar 40 Millionen Hektar wertvollen Agrarlandes bis heute als Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion brach liegen.



UKRAINE: LANDEIGNUNG TROTZ KAUF-MORATORIUMS

Für große Aufmerksamkeit hatte in der Vergangenheit ein Deal zwischen Libyen und der Ukraine gesorgt: Öl gegen Getreide. Doch längst haben ganz andere Investoren die Oberhand. Westliche Investoren vor allem aus Großbritannien, Dänemark und Schweden sowie aus den Golfstaaten sind dabei, große Agrargebiete Russlands zu akquirieren. Auch in der Ukraine findet trotz eines gerade verlängerten Verkaufsmoratoriums seit langem ein Run auf die osteuropäische Kornkammer auf den wertvollen Schwarzerdeböden statt: Mit Pachtverträgen sollen sich Holdings angeblich mit 17 Millionen Hektar bereits die Hälfte der Agrarfläche der Ukraine gesichert haben. Weil Kauf vorerst nicht möglich ist und ein entsprechendes Moratorium bis Anfang 2013 gerade erst verlängert wurde, wird geleast: Diesen Weg schlug zum Beispiel die britische „Landkom International“ ein, als sie mehr als 100 000 Hektar in der Ukraine übernahm. Die französische, börsennotierte Agroholding „Agrogeneration“ wiederum, die 50 000 Hektar in der Ukraine managt, will ihr Engagement dort verdoppeln, spricht dabei aber stets von „controlling“, also nicht von Eigentum. Allein in 2010 sammelte das Unternehmen laut Reuters 14 Millionen Euro an der Börse ein, um sie in der Schwarzmeerregion zu investieren. Inzwischen wirft das Unternehmen den Blick auf Argentinien. Afrika komme nicht in Frage, sagt Firmenchef Charles Vilgrain: Da sei „something wrong“, wenn Ausländer in Ländern Millionen von Hektar kontrollierten, die selbst auf Nahrungsmittelimporte angewiesen seien.

In der Ukraine aktiv sind neben den Agro-Holdings, die zum Teil auch von Zypern aus agieren, auch Kolchosa-Nachfolgebetriebe und kleinere Familienunternehmen. Oder das Gemüseunternehmen Bonduelle, dass in der Ukraine nicht nur eine Konservenproduk-



Das Gemüseunternehmen Bonduelle, betreibt in der Ukraine nicht nur eine Konservenproduktion, sondern bewirtschaftet 1500 Hektar Gemüsefelder in eigener Regie und möchte dies auf 6000 Hektar ausdehnen.

tion betreibt, sondern 1500 Hektar Gemüsefelder in eigener Regie bewirtschaftet und dies auf 6000 Hektar ausdehnen möchte, wie Germany Trade & Invest berichtet. Welche Rolle künftig noch bäuerliche Familienbetriebe spielen und welche Unterstützung sie vom Staat dafür bekämen, so der Direktor der Abteilung Ernährung im ukrainischen Landwirtschaftsministerium, Oleksandr Kuts, werde derzeit diskutiert. Klar aber sei, dass die Ukraine „viel auf Familienbetriebe setzt“, weil das deren Verantwortung für den Boden stärke. Allerdings seien auch ausländische Investoren willkommen, bestätigte Kuts bei der Grünen Woche 2012 in Berlin.

Wie viel Land für kleine Höfe am Ende übrig bleibt, ist zwar offen, der Trend aber unübersehbar: Mit 17 Millionen Hektar ist bereits heute die Hälfte des Agrarlandes in Händen der Holdings. Allein die 25 größten Betriebe decken zehn Prozent des Bodens ab. Neben ausländischen Fonds wie etwa von JP Morgan, den Unternehmen Agrogenation und Landkom sollen nach Angaben von Inkota der „Zuckerbaron“ Petro Poroschenko und der Sohn des früheren Präsidenten Kravtschuk eine Rolle spielen. Auch deutsche Landwirte sollen dem Bericht zufolge 1000 bis 2000 Hektar große Betriebe managen.

MOSKAU VERHÖKERT OST-SIBIRIEN

Der russische Staat ist es selbst, der seine riesigen Landreserven potentiellen Partnerländern feilbietet. So ließ der stellvertretende Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Andrei Slepnev, Ende Januar über das offizielle russische Organ „Russia & India Report“ mitteilen, die Regierung wolle Mitgliedsstaaten des Asiatisch-pazifisches Wirtschaftsforums APEC Hunderttausende von Hektar landwirtschaftlicher Fläche etwa im Osten Sibiriens zur Bewirtschaftung anbieten. Dabei geht es offenbar um langfristige Leasingverträge, die ein Investitionsvolumen in Höhe mehrerer Milliarden Dollar auslösen würden. Ausdrücklich nannte Slepnev dabei die Staaten Vietnam, Singapur, Thailand und auch Japan, die bisher mindestens theoretisches Interesse am Landdeal im Osten Russlands angemeldet hätten. Allen Ländern sein gemein, dass sie den wachsenden Bedarf an Grundnahrungsmitteln im eigenen Land kaum oder gar nicht decken könnten.

Auch in diesen Projekten, jeweils 150 000 bis 200 000 Hektar groß, geht es augenscheinlich nicht allein um Soja, Reis und andere Getreidearten zum Re-Import als Nahrungs- oder Futtermittel ins jeweilige Heimatland, das für den Anbau geradesteht. Sondern auch um Pflanzensprit. Denn der Russia & India Report stellt ausdrücklich einen Zusammenhang mit dem wachsenden Bedarf an Pflanzen her, aus denen Biosprit hergestellt werden kann.

Russland, Gastgeber des jährlichen APEC-Gipfels im September in Wladiwostok, preist seine Ländereien mit drei Argumenten an: So seien die offerierten Regionen Primorsky, Khabarovsk und Amur äußerst dünn besiedelt. Rund die Hälfte des Landes sei zudem landwirtschaftlich tauglich, aber „ungenutzt“. Und wer glaubt, Sibirien taue nicht zur Getreidekammer, der wird, drittens, in dem Beitrag belehrt: Der Klimawandel werde die Ernteergebnisse in den nächsten 30 bis 50 Jahren um elf bis 14 Prozent klettern lassen, zitiert der Report Wissenschaftler. Das Thema Nahrungssicherheit und die Begrenzung der Spekulation sind Hauptthemen beim diesjährigen APEC-Treffen

Russland preist seine Flächen in Sibirien an, die eine Getreidekammer dank des Klimawandels werden könnten



RUSSLAND: OLIGARCHEN ENTDECKEN IHR LAND

Mit 1000 Hektar gibt sich einer der größten ausländischen Investoren in Russland, der Deutsche Stefan Dürr, nicht ab. Dürrs Unternehmen Ekovina ist in sechs Regionen Russlands aktiv, besitzt 165 000 Hektar Land (die Hälfte im Eigentum), ist der drittgrößte Milcherzeuger des Landes und beschäftigt 2800 Mitarbeiter. Damit liegt das Unternehmen auf Platz 30 der russischen Agrarfirmer. Vor allem US-basierte Investoren seien teilweise sogar mehr als doppelt so groß, sagt der Agrarunternehmer während der Grünen Woche 2012. Seine Getreideproduktion sei, beteuert Dürr, „weniger intensiv“ als möglich oder im Westen üblich. Man verdiene auch so genug. Die Schläge freilich sind riesig: „Blockproduktion“ nennt es Dürr, wenn auf 5000 (!) Hektar nichts anderes wächst als Sonnenblumen oder Soja. Das Unternehmen sieht sich als sozial engagiert, wenn es etwa einen Kindergarten und eine Kirche baute oder den örtlichen Fussballverein besitzt. Solches Engagement sei eine Forderung des Landkreises gewesen. Den Eigentumsanteil will Dürr weiter anheben, nicht freiwillig, wie er zu verstehen gibt, sondern weil auch in Russland ein Run aufs Land eingesetzt habe, dem man zuvorkommen müsse. Dabei würden, was auch der niederländische Wissenschaftler und Osteuropa-Experte Oane Visser bestätigt, „halb- bis illegale Methoden“ eingesetzt, um sich Land anzueignen – mit allen ungewissen Folgen für die Pächter. Auch Dürr setzt auf die Börse, kündigt an, demnächst Anteile an der Stuttgarter Börse ausgeben zu wollen.

Als einer der größten ausländischen Investoren gilt die British Heartland Farms Ltd., die mit 300 000 Hektar in Russland operiert. Auch US-Firmen sind aktiv. Doch es sind nicht nur ausländische Unternehmen, die sich in der jüngsten Vergangenheit für den Agrar-



Eigentlich wollte Stefan Dürr nur zum Praktikum nach Russland. 1989 war das, doch der Bauernsohn aus dem Odenwald ist immer noch dort.

In Russland sind jene Oligarchen aufgewacht, die sich in den 1990er Jahren die Perlen der Industrie und des Energiebereichs herausgepickt hatten. Sie greifen nun nach dem Land. Es profitieren aber nicht die Kollektive der Landarbeiter, sondern meistens die Chefs der früheren Staatsfarmen.

sektor Russlands interessiert haben: Aufgewacht sind offenbar auch jene Oligarchen, die sich in den 1990er Jahren die Perlen der Industrie und des Energiebereichs herausgepickt hatten. Nach dem gerade Energie-Unternehmen anfangs zwar Land akquiriert hatten, ohne dafür eine Strategie zu entwickeln, werden diese Konzerne nun aktiv: Inländische Investoren beginnen, die früheren großen Kollektive aufzukaufen, die bis heute die ländlichen Gegenden beherrschen. Zwar befinden sich diese Kollektive oder früheren Staatsfarmen heute im Privatbesitz der Landarbeiter. Doch die, so Visser, Assistenzprofessor an der Radboud-Universität in Nijmegen, hätten von den Anteilsverkäufen in der Regel wenig. Profitieren würden hauptsächlich die („geschmierten“) Chef der Kollektive.



OSTDEUTSCHLAND IM VISIER? STUDIE DES THÜNEN-INSTITUTS BLEIBT VAGE

Inwieweit solche Landübernahmen auch auf Ostdeutschland oder etwa das Emsland zu treffen oder eines Tages real werden können, bleibt vorerst unklar: Das bundeseigene Thünen-Institut hat in einer Untersuchung ermittelt, dass „Fondsgesellschaften oder international agierende Großunternehmen“ auf dem deutschen Bodenmarkt „bislang keine Rolle“ spielten. Das Institut, dass Fallstudien in Ost- wie in Nordwestdeutschland anstellte, kam (aus Sicht des Autors) den wahren Eigentumsverhältnissen allerdings kaum nahe, hat auch indirekte Übernahmen infolge von Überschuldung nicht beleuchtet, zumal es selbst einräumt: „Offen bleibt allerdings die Frage der Verbreitung von stillen Beteiligungen oder Anteilsverkäufen landwirtschaftlicher Unternehmen, zu der die Fallstudien keine neuen Erkenntnisse gebracht haben.“ Die Mitarbeiter weisen dabei –ähnlich wie der WWF in seiner Biogasstudie – auf die drei bekannten Großinvestoren Steinhoff Holding,

JLW Holding AG und KTG Agrar AG hin, deren Agieren aber „weder einseitig negativ noch positiv“ zu bewerten sei. Größere Investoren zielten zudem „in der Regel auf ganze Unternehmen ab, so dass sich agrarstrukturell auf lokaler Ebene zunächst nicht viel ändert“. „Nicht beurteilt“ werden könne derzeit freilich, ob die „sehr großen“ Firmen auf Grund ihrer Dimension ein „auch in den neuen Ländern nicht übliches Wachstum“ auslösen könnten. Zudem seien Beteiligungen nach Darstellung von Thünen „durchaus im Interesse“ der Betriebe, da sie das „überlebensnotwendige Kapital“ mitbrächten. Fazit: Eine dürftige, äußerst schwammige Untersuchung, die kein echtes Interesse erkennen lässt, den tatsächlichen Übernahmen/Beteiligungen auf den Grund zu gehen und keine Trendeinschätzung formuliert.

ODER DOCH BONZENLAND?

Das las sich im Spiegel (43/2010 S.60ff) ganz anders: Selbst wenn man die Spiegelübliche Effekthascherei einmal beiseite lässt, wird klar, dass nicht nur reiche Leute wie Fielmann, Steinhoff, Rethmann sowie Dornier-Erben Land sichern, sondern auch Fonds wie die niederländische Tonkens-Gruppe oder die Hamburger Agroenergy bei Investoren Millionen einsammeln, um sie im deutschen Osten in Land zu investieren. Der Spiegel zitiert den Bodenhändler Dirk Meier Westhoff: „Der Flächenhunger bei Investoren ist ungebrochen.“

Die Europäische Union ist am Zug. Denn durch die Förderung von Agrartreibstoffen via Beimischungszwang in den Ländern der EU (und der USA) hat sich der Wettlauf um die Äcker der Welt beschleunigt.



FARMGRABBING IN EUROPA: ENTKAPITALISIERUNG MÜNDET IN FREMDKAPITALISIERUNG

ANDREA BESTE



In der landwirtschaftlichen Fachpresse kann man derzeit wieder viel von Gewinnen und erfolgreichen Betrieben lesen. Ein Bild, das leider nicht für die ganze Branche stimmt. Im Gegenteil. Die Erlöse in der Landwirtschaft sind, trotz gestiegener Erzeugerpreise im langfristigen Trend, in Bezug auf das Realergebnis weiter rückläufig. Der Anteil des Agrarsektors an der Wertschöpfung in der Lebensmittelversorgungskette von 31 Prozent im Jahr 1995 ist auf 24 Prozent im Jahr 2005 in der EU-25 gefallen und der Erzeugeranteil am Verbraucherpreis sinkt weiter. Die Einkommen in der Landwirtschaft erreichen weder für abhängige Arbeitnehmer, noch für die meisten Betriebsleiter eine akzeptable Höhe. Enorme Kostensteigerungen im Bereich Energie, Maschinen, Düngung, Pflanzenschutz und Futtermittel fressen die Mehrerlöse aufgrund gestiegener Erzeugerpreise auf. Auf den Betriebsinhabern lasten enorme Kredite, die den Durchschnitt in der gewerblichen Wirtschaft im Verhältnis weit überschreiten. Eine Entwicklung, die oft erst nach ein oder zwei Generationen deutlich wird, weil aus der „Substanz“ der Betriebe gewirtschaftet wird und eine Schwächung des gesamten Wirtschaftszweiges erfolgt.

Die Eigenkapitalbildung der Haupterwerbsbetriebe lag 2008/09 mit etwas über 6100 Euro und 2009/10 mit knapp 1200 Euro im Durchschnitt unter beziehungsweise weit unter den für eine nachhaltige Existenzfähigkeit geforderten 7500 Euro. Sie wies auch im Wirtschaftsjahr 2010/11 eine breite Streuung auf. Rund 44 Prozent (im Vorjahr sogar 55 Prozent) der Betriebe hatten eine negative Eigenkapitalveränderung. Seit den siebziger Jahren ist die Eigenkapitalbildung landwirtschaftlicher Betriebe stetig gesunken. Das bedeutet, dass viele dieser Unternehmen nicht ausreichend Kapital bilden können, um überlebensfähig zu sein, erst recht bei schwankenden Preisen.

So verwundert es nicht, dass der Fremdkapitalbestand in der deutschen Land- und Forstwirtschaft Ende März 2011 mit 40,5 Mrd. Euro einen neuen Rekordstand erreicht hat. Die von der Uni Wageningen errechneten Werte für die Schweinebetriebe in den Niederlanden könnten auch für viele Betriebe in Deutschland gelten, und zwar nicht nur für solche in Ostdeutschland, sondern vermutlich sogar für viele Höfe in ganz Mitteleuropa: Ein Viertel steckt in Liquiditätsproble-



men. In den Jahren 2009 und 2010 waren bei etwa 25 Prozent dieser Betriebe die Ausgaben größer als die Einnahmen. Einige Betriebe fingen das durch den Einsatz von Rücklagen und durch Einsparungen bei der Wartung und Reparatur auf. Jeder vierte Hof bat um einen Tilgungsaufschub, um sich über Wasser halten zu können. Und ein weiteres Viertel benötigte noch erhebliche finanzielle Mittel und sah sich gezwungen, einen zusätzlichen Kredit aufzunehmen. Die Tatsache, dass viele Betriebe in Mitteleuropa inzwischen der Bank gehören oder aber einen kapitalkräftigen Käufer gefunden haben, vollzieht sich schleichend und ist bisher kaum dokumentiert. Häufig bleiben die Betriebsleiter auch als Verwalter auf den Betrieben und für niemanden ist sichtbar, welche Eigentumsverschiebungen sich hier vollziehen. Landwirtschaftliche Sorgentelefone und Beratungsstellen können darüber berichten, welche Schicksale teilweise dahinter stehen.

Hier geht es aber nicht um Einzelfälle oder Härtefallbetroffenheit. Und auch nicht um Heimattümelei. Hier geht es um die Gefahr einer anfangs kaum merklichen,

fremdkapitalgestützten Konzernisierung von Landwirtschaft, die eine Gefahr für die Multifunktionalität der europäischen Landwirtschaft darstellt. Häufig sind damit Strukturen verbunden, die einer nachhaltigen Regionalentwicklung zuwider laufen. Es mag grundsätzlich egal sein, wie der Besitzer eines Hofes, mehrerer Höfe oder großer Ländereien in einer Region heißt und woher er kommt. Es ist für eine multifunktionale Landwirtschaft und eine nachhaltige Entwicklung von Regionen aber nicht egal, ob ein Hof unter Umständen ein reines Abschreibungs- oder Spekulationsobjekt ist. Ein Bericht zur Eigenkapitalbildung und zum Fremdkapitalbestand landwirtschaftlicher Betriebe in der EU sowie zu den sozioökonomischen Auswirkungen in den Regionen sollte diese Prozesse beleuchten. Es muss auf europäischer Ebene der Frage nachgegangen werden, ob im Falle von Fremdinvestitionen die Wertschöpfung völlig aus den Regionen abfließt, ohne vor Ort für Entwicklung zu sorgen und, ob dabei weniger in eine nachhaltige Pflege der Flächen und Entwicklung der Landschaft investiert wird – genau wie beim sogenannten Landgrabbing.

Quellen: BMELV 2011: wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe 2010/11, EUROÄISCHES PARLAMENT 2009: Bericht über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 (2009/2236(INI)), EUROPÄISCHES PARLAMENT 2010: Bericht. Gerechte Einnahmen für Landwirte: Die Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa verbessern (2009/2237(INI)), TOPAGRAR 2006: Welche Altenteilsleistungen kann der Hof verkraften? 5/2006, TOPAGRARONLINE 2011: Jeder vierte Betrieb mit Liquiditätsproblemen, 10.01.2011



EUROPAS VERANTWORTUNG GERECHT WERDEN LANDGRABBING UNTERBINDEN

MARTIN HÄUSLING

Im Vertrag von Lissabon verpflichtet sich die EU zur Bekämpfung von Armut in Entwicklungsländern. Gemäß Artikel 208 müssen politische Ziele, Inhalte und Programme auf EU-Ebene zur Unterstützung der Bedürfnisse von Entwicklungsländern beitragen oder dürfen zumindest nicht dem Ziel der Armutsbekämpfung widersprechen. Das Europäische Parlament hat diese Zielsetzung mit einer Entschließung vom 27. September 2011 zu einem Rahmen für die Politik der Europäischen Union zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Verbesserung der Ernährungssicherheit (2010/2100(INI)) nochmals bekräftigt. Darin wird auf EU-Ebene eine bessere Kohärenz und Abstimmung zwischen den einzelnen Politikfeldern (Entwicklungspolitik, Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP), gemeinsame Handelspolitik, Energiepolitik und Forschungsprogramme) gefordert. Gerade die EU-Richtlinien für Erneuerbare Energien, aber auch die EU-Rohstoff-Initiative stellen vor diesem Hintergrund besondere Herausforderungen dar. Ein Mindestanteil von zehn Prozent an erneuerbaren Energien im Verkehrssektor ist zur Zeit geplant. Dies führt zwangsläufig direkt zur Ausweitung von Anbauflächen für Agrotreibstoffe in Entwicklungsländern oder gibt Anreize dazu, da die in Europa zur Verfügung stehenden Anbauflächen nicht ausreichen. Neben der Eiweißlücke zeigt sich hier eine weitere Lücke, die Energielücke. Zum Landgrabbing mit Messer und Gabel gesellt sich so auch noch das Landgrabbing für den Tank mit unübersehbaren negativen Folgen für die Menschenrechte – insbesondere das Recht auf Nahrung. Auf diese Weise wird Europa der Verantwortung für die Welternährung nicht gerecht.

FORDERUNGEN AN DIE EU-KOMMISSION

- 1 Die EU-Richtlinie für Erneuerbare Energien (Richtlinie 2009/28/EG) muss geändert werden. Der zehn prozentige Beimischungszwang, Richtlinie 2003/30/EG (Biotreibstoffrichtlinie) muss aus Gründen des Klimaschutzes sowie als treibender Anreiz für Landgrabbing-Prozesse aufgehoben werden.
- 2 Für den Import von Energiepflanzen und Futtermitteln müssen strenge Nachhaltigkeitskriterien entwickelt werden, die auch sozioökonomische Auswirkungen berücksichtigen.
- 3 Die Förderung des einheimischen Eiweißpflanzenanbaus muss als wichtiges Prinzip der GAP säulenübergreifend installiert werden.
- 4 Die EU muss sich dafür einsetzen, ökologische und soziale Standards beim internationalen Handel zu berücksichtigen und in die WTO-Verhandlungen aufzunehmen.

- 5 Für alle laufenden Handelsverhandlungen, insbesondere für die bilateralen Freihandelsabkommen mit den MERCOSUR-Staaten und Indien, müssen detaillierte Folgenabschätzungen vorgelegt werden.
- 6 Die EU muss Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft gegen Landgrabbing unterstützen.
- 7 Die EU muss darauf hinwirken, dass traditionelle Land-, Gemeinde- und Gewohnheitsrechte in den „Internationalen Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Landressourcen“ Berücksichtigung finden und dass diese Leitlinien verbindlich werden. Sie sind ein wichtiger Baustein, um das Recht auf Nahrung durchzusetzen.
- 8 Wir fordern die EU-Kommission dazu auf, einen Vorschlag zur Regelung von Spekulationen mit Agrarrohstoffen auf den Finanzmärkten vorzulegen.
- 9 Wir fordern einen Bericht der EU-Kommission zur Eigenkapitalbildung und zum Fremdkapitalbestand landwirtschaftlicher Betriebe in der EU sowie zu den sozio-ökonomischen Auswirkungen in den Regionen.
- 10 Sowohl die GAP in Europa als auch die Unterstützung von weniger entwickelten Ländern seitens der EU muss zur Sicherung der Welternährung auf eine echte „Grüne Revolution“ setzen. Unterstützung und Förderung müssen auf qualitative und umweltfreundliche Produktionsformen zugeschnitten werden, die lokale Märkte entwickeln helfen und die die Wertschöpfung in den Regionen steigern.

LITERATURNACHWEIS

Land Rights and the Rush for Land, 12-2011/1-2012, herausgegeben von der ILC (International Land Coalition). Die ILC wurde 2003 als eine global agierende Organisation gegründet, um Hunger und Armut weltweit zu bekämpfen. Ihr gehören mehr als 100 zivile, staatliche und halbstaatliche Organisationen an, darunter Oxfam, Ifad, Unep, Weltbank, FAO sowie das World Food Programm. Die EU ist strategischer Partner.
www.landcoalition.org/cpl/CPL-synthesis-report

Landgrabbing in Latin America and the Caribbean – viewed from broader international perspective, FAO-Workshop, November 2011
www.rlc.fao.org/fileadmin/content/events/semtierras/Borras.ppt

Land and Power – The growing scandal surrounding the new wave of investments in land. Oxfam 2011.
www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/bp151-land-power-rights-acquisitions-220911-en.pdf

Die neue Landnahme: Der globale Süden im Ausverkauf . Inkota Dossier Nr. 7, Juni 2010.

www.inkota.de/material/inkota-dossier/

Inkota ist ein ökumenisches Netzwerk developmentspolitischer Basisgruppen, Weltläden, Kirchgemeinden und vieler Einzelengagierter. Die Organisation versteht sich als Teil der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. www.inkota.de

Landgrabbing – Den Armen wird der Boden unter den Füßen weggezogen. Welthungerhilfe April 2009
www.welthungerhilfe.de/uploads/tx_dwhhinforaterial/Brennpunkt_8_Land_Grabbing.pdf

Land grab or development opportunity? Agricultural investment and international land deals in Africa, FAO, IIED, IFAD 2009
http://www.ifad.org/pub/land/land_grab.pdf

Visser und Spoor: Landgrabbing in Eastern Europe, Nijmegen 2010.
<http://fws.aber.ac.uk/rec/VISLGI>

Das große Bauernlegen – Agrarinvestitionen und der Run aufs Land, Thomas Fritz, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Berlin 2010.
http://fdcl-berlin.de/fileadmin/landnahme/FDCL_DasGrosseBauernlegen_28Seiten_WEB.pdf

Landinvestitionen und Konflikte, Projekt „Zukunft der Ernährung“ (Weizsäcker, Vogtmann, Ploeger et al.) von Jana Flemming & Stephan Albrecht
www.zukunftderernaehrung.org/images/stories/pdf/studie1_landinvestitionen.pdf

FIAN-Studie zu Klimawandel, Agrartreibstoffen und Landgrabbing in Kenia, Februar 2012. FIAN, das Food First Informations- und Aktions-Netzwerk, ist eine internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung und in 18 Ländern auf allen fünf Kontinenten vertreten.
http://www.fian.de/online/index.php?option=com_remository&Itemid=160&func=startdown&id=468

Pensionsfonds – Key player in the global Farmlandgrab, Grain, 2011.

Grain, eine in Barcelona angesiedelte kleine, aber international arbeitende Nichtregierungsorganisation, die kleine Farmer und soziale Bewegungen auf dem Land unterstützt. Im Fokus stehen dabei der Kampf für Biodiversität in der Agrarlandschaft, für den Nachbau eigenen Saatguts, gegen die Gentechnik und für die Autonomie der Menschen auf dem Land und gegen der Beherrschung der landwirtschaftlichen Produktion durch transnationale Konzerne.

www.Grain.org

<http://www.grain.org/article/entries/4287-pension-funds-key-players-in-the-global-farmland-grab>

BILDNACHWEIS

Depositphoto.com:

S.29 Passenger airplane is landing / ssuaphoto, S.18 Corn harvesting / jovanjaric, S.32 Harvest time / mycola_adams, S.39 Mature business man walking with a briefcase of money / Yuri_Arcurs, S.7 Sugar cane / chungking, S.23 African Village / sabinoparente, S.15 View from Jin Mao Tower in Shanghai / Anegada, S.40 Hand throwing two dices isolated on white background / inxti, S.38 Tractor / HappyAngels, S.9 Uganda Water Well Pump / sbures, S. 24 Chambura Gorge in Uganda / prill, S.32 woman working in a rice plantation / palolilo, S.22 Low buildings in Cambodian jungles / karnizz, S.7 Palm Oil Seeds / ter_minus, Africa / africa, S.34 Forest / volokhatiuk

fotolia.de:

S.27 Schweine / Vladimir Mucibabic, Hennen / rsester, Kühe / imago13, S. 41 Bauernhof / mirpic, S.17 Sojabohnen / Mindy W.M Chung, S.34 Geldsack / ExQuisine, S.13 Erdhaufen / Jakub Krechowicz, S.12 Winterweizen / Robert Asento, S.8 Tisch/Geschäftsmänner / Patrick Hermans, S.17 Jatropha / sathienput, S.23 Sudan / Arraijal, S.25 Zapfhahn / Stefan Redel, S.25 Kanister / Andrzej Tokarski, S.16 Reis / proffelize, S.17 Flaggen China / lina0486, S.40 Bauernhof / Thorsten Schier, S.7 Soja / Norman Chan, S.19 Getreide / Christian Jung, S.16 Mais / L.Klauser, S.16 Hirse, S.19 Feld mit Geld / Tom Bayer, S.25 Zapfsäule / ferkelraggae, S.41 Mähdrescher / andreas, S.30 Jatrochapflanze / Satit _Srihin, S.29 Jatrophasamen / rufous, S. 35 Dose mit Erbsen / Jiri Hera,

istockphoto.com: Titelbild von ruvanboshoff

Agrar-Press: S.28 Schiff

Agrarfoto.com: S.10 Sojafeld

www.ekosem-agrar.de: S.37 Stefan Dürr

www.oekosozial.at: S.12 Alexander Müller

Vielen Dank an INKOTA: S.14 Biosprit macht Hunger, S.32 Land für Menschen
und an www. <http://argentina.indymedia.org> : S.33 Wichi-Siedlung

ZU DEN AUTOREN

STEPHAN BÖRNECKE

Der freie Journalist ist spezialisiert auf Agrar- und Naturschutzthemen.

Er war zuvor 30 Jahre Redakteur der Frankfurter Rundschau.

Der in West-Berlin aufgewachsene Autor lebt heute im Spessart.

DR. ANDREA BESTE

Diplomgeografin und Agrarwissenschaftlerin.

Leitung des Büros für Bodenschutz und Ökologische Agrarkultur Mainz.

Unabhängiges Beratungs- und Dienstleistungsbüro. Internationale Beratung; Bodenschutz und nachhaltige Landwirtschaft.

Kurfürstenstr. 23, 55118 Mainz

www.gesunde-erde.net

gesunde-erde@t-online.de

The background of the page is a close-up photograph of several ants on a sandy surface. The ants are in various positions, some moving across the sand, and the lighting is bright, creating soft shadows. The focus is sharp on the ants in the foreground, while the background is blurred.

LANDGRABBING – DAS PHÄNOMEN

Das Phänomen Landgrabbing hat sich seit 2009 erheblich verschärft. Was bis dahin meist nur lokal oder regional ein Problem vor allem für Kleinbauern ohne rechtlich unanfechtbare Landnutzungstitel war und auch in früheren Jahren häufig Landvertreibung und Einführung agroindustrieller Methoden zur Folge hatte, verschärft sich seit der Hunger- und Preiskrise von 2007/2008 erheblich. Sowohl das Tempo der Landnahme als auch der Umfang der Transaktionen hat erheblich zugenommen.

Die Gründe für die Zunahme des Tempos und das wachsende Ausmaß hängen augenscheinlich mit der letzten Hungerkrise zusammen sowie dem wachsenden Bedarf an Tierfutter aufgrund steigender Lebensstandards etwa in China und Indien. Doch die Hunger- und Preiskrise vor vier Jahren war eher nur der Auslöser, weniger aber der tatsächliche Grund für die Ausweitung. Denn die meisten aktuellen Reports, Studien und Berichte gehen vielmehr davon aus, dass hinter dem aktuellen Trend neben dem Ziel, die Ernährung im eigenen Land durch das Auslandsengagement im Agrarsektor zu sichern, auch die Konkurrenz zwischen Teller und Tank steht. Damit wird Europa mitschuldig, die EU gilt vielen Experten aufgrund ihrer Biosprit-Politik als einer der Treiber des Landgrabblings.

Nach Berechnung der International Land Coalition könnte rund die Hälfte des zuletzt erworbenen oder langfristig gepachteten Landes zum Zweck der Erzeugung von Biofuels verwendet werden. Dafür spricht auch, worauf die FAO anhand eines Südamerika-Reports hinweist, die Art der mehrheitlich angepflanzten Früchte. Die FAO wählt dazu den Begriff „flex-crops“. Gemeint sind Pflanzen, die sich für alle drei Bereiche verwenden lassen: nämlich für Lebensmittel, Tierfutter und Pflanzensprit.

In dieser Tatsache liegt deshalb auch ein geeigneter, gerade von Europa aus zu steuernder Schlüssel für eine Umkehr des Trends, zumal die UN-Leitlinien für den Umgang mit Landtransaktionen erstens: noch nicht verabschiedet und zweitens: freiwillig sein werden.

Nach dem in den ersten Jahres des Landgrabblings vor allem Afrika im Fokus der Investoren stand, scheinen viele Akteure wie Beteiligungsgesellschaften, Pensionfonds oder auch staatliche Unternehmen ihren Blick nach Osteuropa und dort vor allem auf Russland, Rumänien, Bulgarien und die Ukraine zu richten. Hauptgrund: Dort liegen auch 20 Jahre nach dem Ende des Sowjetreichs Millionen von Hektar an Agrarflächen brach. Die aber gelten als aktivierbar.